

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
11. Dezember 1912

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Der Außerordentliche Internationale Sozialistische Kongress zu Basel.
— Die Frauen bei der internationalen sozialistischen Friedens-
kundgebung zu Basel. — Das Erwachen einer neuen Arbeiterinnen-
schicht. Von E. Kloth. — Schwankungen der Arbeitsintensität von
Textilarbeiterinnen. II. Von J. H. — Der Ausfall der Angestellten-
versicherungswahlen. Von F. O.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht der Braun-
schweiger Genossinnen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Ge-
werkschaftliche Rundschau. — Aus der Textilarbeiterbewegung. Von
sk. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im
Ausland. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern.
— Verschiedenes. — Literarisches.

Der Außerordentliche Internationale Sozialistische Kongress zu Basel.

Dieser Kongress wird in der Geschichte des proletarischen Befreiungskampfes zählen. Wir wiederholen, was wir bereits in letzter Nummer gesagt haben: Der Kongress wurde schon durch die nackte Tatsache seines Stattfindens allein zum geschichtlichen Ereignis; dadurch, daß er der Ungunst äußerer Umstände zum Trotz in der gegenwärtigen Stunde voll finsterner, blutiger Drohungen möglich war, mit dem ausgesprochenen Zwecke, das aufsteigende Unheil zu bannen. Das Werk und der Verlauf der Tagung haben aber die Bedeutung dieses Ereignisses noch heller gezeigt und gesteigert.

Einzelheiten daraus zu lösen, für sich zu kritisieren, einander entgegenzustellen, das alles geht schlechterdings nicht an. Hier liegt ein Ganzes vor, das nur als solches richtig empfunden, geschaut, gewürdigt werden kann: ein einheitliches soziales Massenbewußtsein, das sich als Macht begreift und auf ein scharf umrissenes, großes Ziel richtet. Und als Ganzes, als Ausdruck des Willens des fortgeschrittensten, reifsten Teiles der Arbeiterklasse aller Länder war der Kongress ein Geschehen von größter geschichtlicher Tragweite und von jener Kraft und Geschlossenheit, die sich selbst nicht durch die geschickte äußere Regie von oben — wie auf den Katholikentagen — kommandieren und fabrizieren läßt, nein, die organisch von unten auf aus der Erkenntnis gemeinsamen Zieles, aus dem Zusammenballen gemeinsamen Wollens erwächst. Und das war es, was sich in allen Äußerungen der Veranstaltung von der ersten bis zur letzten Minute offenbarte, was Reden, Beschlüssen und der unvergeßlichen Sonntagsdemonstration ihr Gepräge gab.

Das Ganze gibt auch dem Manifest seine Bedeutung, dem nächsten greifbaren Ergebnis des Kongresses. Man braucht wahrlich nicht auf seinen Text als auf ein Evangelium welt-politischer Erkenntnis und einer Entschiedenheit zu schwören, die klar und hart wie Kristall ist; man kann manche seiner Einzelheiten kritisch verwerfen. Seinem Wesen nach ist es nichtsdestoweniger eine geschichtliche Urkunde von höchster Bedeutung und von bindender, wegweisender Kraft für das Weltproletariat, das seine Renden reifig zum Kampfe gegen

Imperialismus und Kriegsgefahr gürtet. Indem das Manifest in programmatischen Ausführungen die Stellung und die Aufgaben des Proletariats aller Länder zu den vielverschlungenen, vielverknöteten Fragen der Weltpolitik aufzeigt, wird es zur klassischen Befundung dieses Fortschritts von Abhängigkeit zur geistig-politischen Selbständigkeit der Klasse: Die vom sozialistischen Geiste erweckten proletarischen Massen aller Nationen lassen die auswärtige Politik nicht länger als die Sache der Ausbeutenden und Herrschenden gelten. Sie betrachten sie als ihre ureigenste Angelegenheit und wollen daher nicht mehr duldbende, stumme Zuschauer, sondern tätige, entscheidende Träger auch dieser Politik sein.

Das Proletariat schickt sich an, mit wuchtiger Faust dazwischen zu fahren, wenn Staatsmänner und Kapitalistencliquen zu Nutz und Frommen der Besitzenden und ihrer Dynastien die Länder und Völker gleich ergiebigen Weidetriften mit Viehherden darauf verteilen und verschachern. Es stellt diesem knechtenden Tun Goldgieriger und Macht-hungriger das Selbstbestimmungsrecht der Völker entgegen und bezeugt dadurch eine höhere Ehrfurcht vor dem Rechte der Nationalität und eine edlere Wertung des Vaterlandes als die selbstpotenzierten Erbpächter des bürgerlichen Patriotismus. In geistig-politischer Selbständigkeit rüstet sich aber auch das Proletariat und reckt seinen gewaltigen Arm aus, um den brudermörderischen Kriegen mit ihren unsagbaren Verbrechen und Greueln zu wehren, zu denen die kapitalistische Weltwirtschaft und Weltpolitik je länger je gewissenloser treibt. Es will den Frieden um jeden Preis, und das, obgleich es — wie das stolze Wort des Genossen Dr. Blocher in der Münsterkirche mit Recht stark betonte — weniger als jede andere Klasse der Gesellschaft die Folgen eines entfesselten Weltkrieges zu fürchten hat. In allen Ländern und jederzeit wird es daher seine ganze Macht der geschichtlichen Stunde einsetzen, um die heranraufende Kriegsfurie in die Knie zu zwingen. Als Ganzes, um seines geschichtlichen Sinnes willen, konnte, ja mußte das Manifest einmütige, debattelose Zustimmung der Vertreter des internationalen Proletariats finden, wurde seine einstimmige Annahme mit jubelnder Begeisterung begrüßt. Zur richtigen Wertung gehört hier alles zusammen: der Wesenskern des Beschlusses, die Einmütigkeit des Internationalen Sozialistischen Bureaus und der Delegierten, die Mitwirkung der Massen, wie sie in der markigen Sonntagsdemonstration ihren Ausdruck gefunden hatte, wie sie die zündende, mit Energien geladene Atmosphäre des Kongresses schuf.

Ein weithin leuchtendes Fanal der Reife und selbstvertrauenden Kraft breiter Massen von Enterbten, meldet die überwältigende sozialistische Kundgebung zu Basel eine Wahrheit. In unserer Zeit, wo der kapitalistische Imperialismus alle Errungenschaften der Kultur mit Füßen tritt, alle Menschheitsideale in Blut zu ertränken droht, ist das Proletariat die einzige Klasse der Gesellschaft, die revolutionär, fortschrittlich im höchsten geschichtlichen Sinne des Wortes mit ihren eigenen Interessen auch die der Gesamt-

heit schirmt, die mit ihrer eigenen Zukunft zugleich die der Menschheitskultur und Menschheitsentwicklung zum Siege trägt. Darum ist sie auch in unseren Tagen allem gleichenden Schein der Dinge ungeachtet die einzige gesellschaftliche Macht, die willens und stark genug ist, Hüterin des Friedens und seiner Güter zu sein.

Es ehrt die Baseler Regierung und die Kirchenbehörden, daß sie unberührt durch das Gezeiter törichter oder schlechter Gesellen von den vaterlandslosen Internationalen, vorurteilslos und aufrecht genug gewesen sind, dies in aller Form anzuerkennen. Die Regierung entbot dem Kongreß freundlichen Willkommensgruß und herzliche Wünsche für das Gelingen seines Werkes, und sie stellte ihm für seine Arbeiten und Veranstaltungen Räume zur Verfügung, die bei uns in Deutschland und in den meisten Ländern nur denen offen stehen, die die Arbeiterklasse und ihre Ideale bekämpfen und verleumderisch besudeln. Die Kirchenbehörden des protestantischen Münsterers erachteten ihrerseits mit klarem Blick und wirklich christlicher Gesinnung diesen größten und schönsten Bau nicht für entweiht, wenn in ihm und auf dem Platze um ihn die internationale Sozialdemokratie die Völker zum Frieden rief. So konnten die nationalen Delegationen und das Internationale Bureau in der Klarajchule beraten, die Teilnehmer an dem riesigen Demonstrationzug sammelten und ordneten sich im Kasernenhof, und die Friedenskundgebung erreichte ihren Abschluß und Höhepunkt im Münster und auf dem Münsterplatz. Schule — Kaserne — Kirche, meist eine Dreieitigkeit zur Knechtung der werktätigen Massen, in Basel als Rahmen ihrer politischen Aktion!

Der Kongreß hat sich wahrlich nichts dabei vergeblich, daß er den weltlichen und geistlichen Behörden Basels für die betätigte freie, würdevolle Gesinnung reichen Dank zollte. Denn dies konnte aus dem stolzen Bewußtsein heraus geschehen, daß heute das klassenbewußte Proletariat nicht mehr der sozial heimatlose „Vogel auf dem Dache“ ist, sondern eine Macht, nach der vertrauensvoll alle blicken, denen das vom Kriege gefährdete Kulturerbe der Menschheit über Profit, Eroberungen und blutbefleckten Ruhm geht. Am meisten sollten von Rechts wegen die bürgerlichen Klassen den Baseler Behörden Dank wissen. Durch ihr Verhalten haben diese bewiesen, daß unter den Besitzenden und Herrschenden das Gewissen, die Aufrichtigkeit religiöser und moralischer Grundsätze noch nicht überall zu den Hundstuden gelockt sind. Aber fast scheint es, daß die Baseler Behörden als Ausnahme von der Regel nur sich selbst und nicht ihre Klasse gehrt haben. In Deutschland zum Beispiel hat sogar die liberale Presse — mit der einzigen anerkanntswerten Ausnahme der „Frankfurter Zeitung“ — für das sozialistische Friedenswerk zu Basel nicht so viel Interesse gezeigt wie für die Sauen, Hirsche und anderes edle Wild, das der österreichische Thronfolger auf der Hofjagd mit Wilhelm II. in Springe erlegt hat, oder für die Höschen und Hemden der Fürstlich Fürstbergischen Ausstattung in Donaueschingen.

Sei's drum! Wir geben gern zu, daß es vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Moral aus weit wichtiger, ehrenvoller und — einträglicher ist, Kriegsrüstungen, Kriegsbeute und Völkermord industriell und finanziell geschickt auszunutzen, statt für die Wahrung des Friedens zu wirken. Das Proletariat kann überzeugt sein, daß trotz allem Verlegenheitschweigen und Verlogenheitstoben von den Regierenden und Herrschenden die Sprache der Baseler Tagung verstanden worden ist. Ob sie daraus lernen werden, ist ihre und nicht seine Sache. Ihm muß es daran genügen, daß die Volksmassen das Wort des Kongresses hören und in ihrem Herzen bewegen. Denn der Schutz des Friedens ist nicht ein glänzendes Eintagswerk, vielmehr ein langes und zähes Ringen, Brust an Brust mit dem mächtigen Feind. Solches Ringen kann nur das Werk selbstvertrauender, aber auch opferbereiter, gerüsteter Massen sein. Die Massen zur Sammlung gerufen, ihnen Ziel und Weg gewiesen zu haben, ist die unvergängliche Tat des Baseler Kongresses.

Die Frauen bei der internationalen sozialistischen Friedenskundgebung zu Basel.

Die großen äußeren Schwierigkeiten, unter denen der Außerordentliche Internationale Sozialistische Kongreß zu Basel zusammentreten mußte, fast ohne Zeit zur Vorbereitung, schlossen von vornherein eine zahlreiche Beteiligung der Genossinnen aus. Trotz allem haben die sozialistischen Frauen bei dieser wichtigen Tagung nicht gefehlt. Es bedeutet dies mehr als nur einen Beweis ihrer leidenschaftlichen Kampfesbegier im Dienste ihres Ideals. Es kommt darin die wachsende Bedeutung der sozialistischen Frauenbewegung zum Ausdruck, die steigende Erkenntnis, wie unentbehrlich diese Bewegung für das allgemeine proletarische Befreiungsringen ist. So hatte die deutsche Sozialdemokratie in Österreich die Genossinnen Popp und Bälzer nach Basel entsendet, die tschechische Sozialdemokratie zählte unter ihren Delegierten eine Genossin. Der französischen Delegation gehörten 3 Genossinnen an, darunter Genossin Roussel; die Vertreter der italienischen Sozialdemokratie hatten Genossin Balabanoff in ihrer Mitte. Für die russische Delegation hatten die organisierten Näherinnen und Textilarbeiterinnen von Petersburg der Genossin Kollontay ein Mandat übertragen. Genossin Montesiore befand sich unter den Delegierten der englischen Sozialdemokratie. Zur Delegation der polnischen Sozialdemokratie in Rußland gehörte Genossin Luxemburg, die die Vertreterin dieser Partei im Internationalen Sozialistischen Bureau ist. Die Sozialdemokratie Deutschlands hatte die Genossinnen Baader, Zieg und Zetkin delegiert. Es versteht sich, daß alle diese Genossinnen eifrigen Anteil an den Beratungen ihrer nationalen Sektionen genommen haben.

Soweit die Kürze der Zeit eine internationale Verständigung zwischen den Genossinnen erlaubt hatte, war einhellig der Wunsch nach einer einheitlichen Kundgebung der sozialistischen Frauen auf dem Kongreß zum Ausdruck gekommen. Gewiß waren die Genossinnen überall von der Überzeugung durchdrungen, daß sie eine treue Vertretung ihrer Auffassung und ihres Willens in der Sozialdemokratie, in der Delegation ihres Landes besaßen. Allein sie gedachten der dringenden Notwendigkeit, die breitesten Frauenmassen des arbeitenden Volkes zum schärfsten Protest gegen das wahnwitzige Verbrechen des Brudermordes zu rufen. Und um dieser ihrer besonderen Aufgabe willen erachteten sie es für geboten, daß auf dem Kongreß im Namen der sozialistischen Fraueninternationalen erklärt würde: die Frauen, die Mütter der werktätigen Massen sind bereit zum rastlosen, gefahrenreichen Krieg gegen den Krieg und wollen ihre Kräfte bis zum letzten Fünkchen für die Freiheit, für den Sozialismus einsetzen. Wortführerin der Genossinnen aller Länder sollte die internationale Sekretärin sein, Genossin Zetkin. Freudige Zustimmung zu der Anregung gingen ein aus Deutschland, Österreich, Holland, der Schweiz, Italien, Dänemark, Schweden, Finnland, Böhmen, Österreichisch-Polen, Russisch-Polen, Rußland und England. Aus manchen dieser Länder schickten die Genossinnen außerdem Adressen für den Kongreß, die wir weiter unten mitteilen. Die Kongreßleitung beziehungsweise das Internationale Sozialistische Bureau würdigte durchaus die Gründe dafür, daß trotz der knapp bemessenen Tagungszeit die internationale Beauftragte der sozialistischen Frauen sprechen solle und anerkannte damit, daß die sozialistische Frauenbewegung eine Macht ist, die die Internationale nach ihrer Bedeutung schätzt. Wir lassen weiter unten Genossin Zetkins Ansprache an den Kongreß folgen.

Die nachstehenden Zuschriften von Genossinnen in Schweden, Böhmen, Italien und Rußland sind dem Internationalen Sozialistischen Bureau zur Veröffentlichung im Protokoll des Kongresses übermittelt worden:

„Wir wissen, daß alle sozialdemokratischen Frauen in unserem Lande mit Abscheu gegen den Krieg erfüllt sind, den man zugelassen hat. Der Empörung, die uns befeht, hat eine Genossin in unserer Presse diesen Ausbruch verliehen: Abermals blutet die Menschheit! Aus einer großen, offenen und schrecklichen Wunde: Der Balkankrieg! Scheinheilige Christenheit! Versuche wenigstens, dich vor dir selbst zu schämen, wenn du zu Weihnachten 1912 das Evangelium predigst: Friede auf Erden! Ihr Frauen der Internationale! Ist es unserer würdig, dem Vormarsch der kapitalistischen Zivilisation auf dem Balkan stillschweigend zuzusehen? Kann es unserer würdig sein, stillschweigend den schändlichen Grausamkeiten zuzusehen, die im Zeichen des heiligen Kreuzes an unschuldigen Frauen und Kindern verübt werden? Nein! Reißt sie herunter die Mäste der Heuchelei, so daß die kapitalistische Raublust unverhüllt allen Augen sichtbar wird. Laßt uns protestieren!

Stockholm, Ende November 1912.

Der geschäftsführende Ausschuss des sozialdemokratischen Frauenkongresses:

Anna Sterky, Lyda Erlund, Elise Engelström, Anna Lindhagen, Signe Swensson.

Die tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen sind mit der ganzen sozialistischen Internationale einig in dem Protest gegen den Balkankrieg wie gegen die Gefahr eines möglichen Weltkriegs. Die außergewöhnlich schwere Zeit und insbesondere die drohende Kriegsgefahr fordern auch von uns Frauen außergewöhnliche Opfer und rufen uns zum Kampfe gegen den Massenmord. Eines Sinnes mit der in Basel tagenden sozialistischen Internationale rufen wir: Krieg dem Kriege! Vorwärts für den Frieden!

Prag, Ende November 1912.

Für die

organisierten tschechoslowakischen Sozialdemokratinnen:
Karla Macha.

In Basel wird das Proletariat aller Länder den heiligen Bund besiegeln, der verhindern soll, daß ein Weltbrand sich entzündet und daß die Völker zu Angst und Frommen der Interessen einer Minderheit von industriellen Kapitalisten, Spekulanten und Agrariern zur Schlachtbank geschleppt werden. Bei dieser Gelegenheit muß, die Stimme der sozialistischen Frauen ertönen, denn sie sind die Vertreterinnen der Frauen des arbeitenden Volkes, ohne deren freudige Mitwirkung keine Aufhebung, kein Kampf des männlichen Proletariats die volle Kraft zu entfalten vermag, von jener Begeisterung und Opferwilligkeit getragen werden kann, die von großen Zielen gefordert werden. Im Namen der sozialistischen Frauen aller Länder und für die Proletarierinnen aller Länder muß auf dem Kongress zu Basel unser Hüßeln und Wollen zum Ausdruck gelangen. Mit dem Weltproletariat zusammen erheben sich die sozialistischen Frauen gegen den Völkermord und gegen die kapitalistische Ordnung, die den Völkermord heraufbeschwört; mit dem Weltproletariat zusammen bekunden sie ihren unerschütterlichen Willen, mit aller Kraft an dem gewaltigen Kulturwerk des Krieges wider den Krieg teilzunehmen.

Mailand, Ende November 1912.

Für den Ausschuss

der nationalen Union sozialistischer Frauen in Italien:
Dr. Anna Kulischoff.

Die organisierten Mäherinnen von St. Petersburg hatten sich mit der sozialistischen Internationale durch diese Resolution solidarisch erklärt, der auch die organisierten Textilarbeiterinnen ihre Zustimmung gegeben haben:

Wir, die organisierten Mäherinnen von St. Petersburg, protestieren gegen die Greuel des Bruderkriegs, der sich gegenwärtig auf der Balkanhalbinsel abspielt und erheben in Übereinstimmung mit dem Proletariat aller Länder unsere Stimme gegen den Krieg.“

Der mangelnde Raum verbietet es, die vielen Zuschriften ähnlichen Inhaltes auch nur aufzuzählen, die einzelne Genossinnen aus allen Ländern der internationalen Sekretärin zugesandt haben. Dagegen können wir nicht schweigend an der erhebenden Bekundung sozialistischer Gesinnung, sozialistischen Kampfesmutz vorübergehen, die unsere Genossinnen in der Schweiz, allen voraan natürlich die von Basel und Umgegend, gegeben haben. Hunderte von Frauen und Mädchen — darunter viele russische und polnische Studentinnen und Emigrantinnen — befanden sich unter der Menge, die sich während der Sitzungen der Internationale auf der Galerie, in den Gängen und Vorräumen der Burg-

vogtei drängte. Sie waren nicht als kühle Zuschauerinnen eines „interessanten Schauspiels“ gekommen. Man sah es ihren leuchtenden Blicken an, man hörte es aus ihrem stürmischen Beifall heraus, daß sie sich als Mitwirkende an einem bedeutenden geschichtlichen Ereignis fühlten, daß sie eines Sinnes und eines Willens mit denen waren, die unten im Saale als Sozialisten dem Kriege unerbittlichen Krieg erklärten. Und wären die imposanten, unverglichen Massenkundgebungen für den Frieden ohne die Frauen denkbar? Im Demonstrationszug voller Wucht und Leben marschierten viele Frauen, die weiblichen Delegierten, Genossinnen von überall her, marschierten vor allem organisierte schweizerische Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, die wie die Genossen aufrecht und stark, mit fröhlichem Stolz ihre Banner trugen. Frauen — sehr oft mit roten Abzeichen geschmückt — in allen Straßen, die der Zug passierte, zu Tausenden unter den Massen, die im Münster und auf dem Münsterplatz ihre heilige Empörung wider den Völkermord bezeugten. Wo aber die Frauen sind, die Mütter, da konnte die Jugend nicht fehlen. Die Jugendorganisation der Baseler Arbeiterchaft hatte ihre Scharen aufgeboden, die jungen Proletarier in mittelalterlicher Tracht als Pfeifer und Trommler, die Mädchen in weißen Kleidern, Palmenzweige in den Händen, den prächtigen Friedenswagen begleitend und der Friedensgöttin huldigend. Waren sie nicht zu Fleisch und Blut verkörpert Symbol und Bürgschaft zugleich dafür, daß der Geist der sozialistischen Mutter über die Gegenwart hinaus lebendig weiterwirkt?

Die Baseler Tagung klang für die Genossinnen in zwei Veranstaltungen aus, voller Kraft und Hoffnungsfreudigkeit. Der Baseler Arbeiterinnenverein hatte eine Frauenversammlung einberufen, zu der Hunderte keinen Zutritt mehr finden konnten. Unter dem Vorsitz der tapferen Genossin Schmidt — sie hatte auf dem Wege zur Versammlung einen schlimmen Unfall erlitten, ließ sich aber dadurch nicht abhalten, ihre Pflicht zu tun — sprachen die Genossinnen Popp, Montefiore, Kollontaj, Zieg und Zetkin. In der großen Versammlung der Jugendorganisation traten die Genossinnen für die verhinderten Referenten ein: die Genossinnen Kollontaj und Zieg gaben aus dem Stegreif treffliche Referate über die Pflichten von jung und alt zur Förderung der sozialistischen Jugendbewegung, die Genossinnen Popp und Zetkin fügten kürzere Ansprachen hinzu. In beiden Veranstaltungen waren Rednerinnen und Zuhörerchaft durch die starken Bande des Bewußtseins verknüpft, eins zu sein im Kampfe gegen den Krieg, gegen den Kapitalismus. Es gab den Reden zündende Kraft, es jubelte aus der begeisterten Zustimmung der Versammelten: Der Sozialismus hat im Weltproletariat ein einzig Volk von Brüdern und Schwestern geschaffen, „das keine Not mehr trennet und Gefahr!“. über dem blutigen Leid, der zehrenden Sorge der Gegenwart leuchtete die große, reine Zukunftsjonne der Menschheitsbefreiung.

Genossin Zetkin führte vor dem Kongress aus:

„Im Namen der sozialistischen Frauen aller Länder habe ich dieses zu erklären: In einer unzerstörbaren Einheit des Zieles mit der großen sozialistischen Internationale verbunden, haben wir es jederzeit als unsere Pflicht empfunden, ist es unsere Ehre und unser Glück gewesen, alle eure Arbeiten und Kämpfe zu teilen. Wenn wir aber jemals besonders freudig, mit ganzem Herzen mit euch zusammengewirkt haben, so in diesem jetzigen Augenblick, wo ihr das Weltproletariat zum heiligen Kreuzzug gegen den Krieg führen wollt. Wir sind dabei mit allem, was wir sind, mit allem, was wir fühlen! Gerade weil wir Frauen, weil wir Mütter sind! Wie immer sich die sozialen Verhältnisse im Laufe der Zeiten gewandelt haben, ist durch die Jahrhunderttausende mit unserem Geschlecht die Aufgabe gegangen, neues menschliches Leben zu tragen, zu beugen und zu pflegen. Diese Aufgabe ist unsere Bürde gewesen und unsere

Glückseligkeit auch. Auch an ihr mit sind wir emporgewachsen zu dem, was wir heute sind. Alles, was in uns lebt als persönlicher Ausdruck allgemeiner Menschheitsentwicklung, allgemeiner Kulturideale, empört sich, wendet sich schauernd ab von dem Gedanken an die drohende Massenzerstörung, Massenvernichtung menschlicher Leben im modernen Kriege. Haben nicht alle diese Leben einst unter dem Herzen einer Mutter gelegen, sind sie nicht von einer Mutter in Leid und Freud betrent worden?

Und das Grausen vor dem aufziehenden Unheil legt uns die Frage auf die Lippen: Wer ist der Verbrecher, der es auch nur wagt, an solches Werk des Todes zu denken? Auf der Suche nach dem Schuldigen taucht unser Blick unter die Oberfläche des politischen Geschehens, und unter den verwickelten gesellschaftlichen Zusammenhängen finden wir als Hauptschuldigen der neuzeitlichen Kriege, des drohenden Weltkrieges den Kapitalismus. In unseren Tagen ist die kapitalistische Ordnung die große Menschenfresserin. Der Krieg ist nichts als die Erweiterung und Ausdehnung des Massenmordes, dessen sich der Kapitalismus auch im sogenannten Frieden zu jeder Stunde am Proletariat schuldig macht. Jahraus, jahrein fallen auf dem Schlachtfeld der Arbeit in jeder kapitalistisch entwickelten Nation Hunderttausende von Opfern, mehr Opfer in einer kurzen Spanne Zeit, als der blutigste Krieg verschlingt. Und wir Frauen selbst stellen solche Opfer in steigender Zahl; auch unsere Bürgerrechtsurkunde wird mit Blut geschrieben. Aber noch ein anderes erkennen wir. Die furchtbare Schändlichkeit des Massenmordes der Völker untereinander ist die verbrecherischste, die verrückteste Form der Massenausbeutung des Volkes der Enterbten durch den Kapitalismus. Sind es nicht die Söhne der werktätigen Massen, die getäuscht, verhehrt, verblendet gegeneinander geführt werden, um einander abzuschlachten? Sie, die Brüder, die Genossen sein sollten im Kampfe für die gleiche Freiheit!

Gegen dieses Verbrechen wehren wir uns als Frauen und Mütter. Wir denken nicht bloß an die zerschmetterten, zersetzten Leiber unserer Angehörigen, wir denken nicht weniger an den Massenmord der Seelen, der eine unausbleibliche Folge des Krieges ist. Er bedroht, was wir als Mütter in die Seele unserer Kinder gesät, was wir ihnen übergeben haben als das kostbarste Erbe der Kultur, der Menschheitsentwicklung. Es ist das Bewußtsein der internationalen Solidarität, der Völkerverbrüderung. Dieses Ideal wird im Kriege verhöhnt und beschmüht, ja ertötet. Dagegen kämpfen wir an, kämpfen wir mit der Kraft einer felsenfest gegründeten Überzeugung. Und in diesem Kampfe gehören wir Seite an Seite mit euch. Ja, mehr noch: Ihr, Genossen, könnt die Hilfe der Frauen im Kampfe gegen den Krieg gar nicht entbehren. Wir führen euch die Zukunft zu und den Sieg. Wenn wir Mütter unsere Kinder mit dem tiefsten Abscheu gegen den Krieg erfüllen, wenn wir von frühester Jugend an das Gefühl, das Bewußtsein der sozialistischen Brüderlichkeit in ihre Seelen pflanzen, so wird die Zeit kommen, wo auch in der Stunde schwerster Gefahr keine Macht der Welt mehr in stande ist, dieses Ideal aus ihren Herzen zu reißen und zu vernichten. Denn unsere Töchter, unsere Söhne werden dann nicht nur die Kinder unseres Leibes sein, sie werden unser bestes Herzblut getrunken haben und als die Kinder unserer Seele heranwachsen, unser hehres Ideal wird in ihnen unsterblich leben. Darum werden sie sich in den Stunden höchster Konflikte und schwerster Opfer vor allem ihrer proletarischen und menschlichen Pflichten erinnern. Diese werden ihnen oberstes Gesetz sein.

Wenn wir Frauen und Mütter uns gegen den Massenmord erheben, so geschieht das wahrlich nicht, weil wir in Selbstsucht und Kleinmut unfähig wären, um großer Ziele und Ideale willen große Opfer zu bringen. Wir sind durch

die harte Schule des Lebens in der kapitalistischen Ordnung gegangen, und wir sind in ihr zu Kämpferinnen geworden. Uns ist die Stärke zu Opfern gekommen, die viel schwerer fallen als die Hingabe unseres eigenen Blutes. Darum können wir die Unsrigen kämpfen und fallen sehen, wenn es die Sache der Freiheit gilt. Für diesen Kampf wollen wir dafür sorgen, daß die Frauen der Massen erfüllt werden von dem Geiste jener sagenhaften, antiken Mütter, die ihren Söhnen den Schild reichten mit den Worten: „Entweder mit ihm oder auf ihm!“ Unsere brennende Sorge soll eine geistige Entwicklung des heranwachsenden Geschlechtes sein, die unsere Söhne davor bewahrt, zum Brudermord für kapitalistische und dynastische Interessen, für die kulturwidrigen Zwecke des Profits, der Herrschsucht, des Ehrgeizes einer Minderheit gezwungen zu werden, die sie aber gleichzeitig stark und reif macht, in freiem, zielbewußten Willen ihre ganze Existenz im Freiheitskampf einzusetzen.

Ihr braucht uns aber nicht bloß, weil wir Mütter sind, weil mit uns die Zukunft kommt. Ihr braucht uns auch unserer selbst willen, weil wir ein Teil der Massen sind, die als Macht hinter euch stehen müssen. Für den entfalteten Kapitalismus sind Kriegsrüstungen und Kriege Lebensnotwendigkeiten, mittels ihrer sucht er seine Herrschaft aufrecht zu erhalten. Er macht daher die gewaltigsten Machtmittel dem Kriege verschwenderisch dienstbar: die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung, Wunder der Technik, ungezählte Reichtümer, Millionen Menschen. Daher kann das internationale Proletariat in seinem Kriege gegen den Krieg nur erfolgreich sein, wenn auch von seiner Seite in gewaltigen Massenaktionen alle verfügbaren Machtmittel aufgeboren, alle Kräfte mobilisiert werden. Eine Massenbewegung im weitesten Umfang ist ohne die proletarischen Frauen undenkbar. Sie sind ein Teil, die Hälfte der Masse, und als Frauen haben wir wie bei der ruhigen, unscheinbaren Arbeit des Alltags, so auch in den Stunden schwerster, gefahrdrohender Kämpfe unsere eigenen geistigen und sittlichen Werte darzubringen. Genossen, diese Werte könnt ihr gerade dann nicht missen, wenn die Massen mit den höchsten persönlichen Opfern unsere Ideale schützen müssen. Erst wenn auch die große Mehrheit der Frauen aus tiefer Überzeugung hinter die Losung tritt: Krieg dem Kriege, erst dann kann den Völkern der Friede gesichert werden, aber an dem Tage, wo die große Mehrheit der Frauen hinter diese Losung tritt, muß sie auch unwiderstehlich sein.

Die sozialistischen Frauen aller Länder scharen sich mit leidenschaftlicher Begeisterung um unser Banner zum Kriege gegen den Krieg. Sie wissen es, je mehr der Imperialismus zur bestimmenden Politik der kapitalistischen Staaten wird, um so mehr wird dieser Kampf zum Mittelpunkt, zu Höhepunkt des gesamten proletarischen Befreiungswerkes. In hervorragender Weise wird er dazu beitragen, nicht bloß die Massen zu sammeln, sondern auch immer besser zu schulen. Das Proletariat tritt nicht als eine fertige, meß- und wägbare Macht in seine großen Aktionen ein. Seine Macht entsteht und wächst mit seinen Kämpfen. Daher wird sein Krieg gegen den Krieg ein lebendiger Duell wachsender Reife und Machtentwicklung sein und das Nahen der Stunde beschleunigen, wo der die Völker ausfahrende, knechtende und mordende Kapitalismus dem Sozialismus weichen muß. Gerade weil in dem Kampfe gegen den Krieg der Zukunftssieg des Sozialismus vorbereitet wird, sind wir Frauen mit glühender Seele dabei. Noch weniger als für die Proletarier können ja für uns Frauen die kapitalistischen Nationalstaaten das wahre Vaterland sein. Das müssen wir uns in der sozialistischen Gesellschaft schaffen, die allein uns die Vorbedingungen voller menschlicher Befreiung verbürgt. Ungeduldig und leidenschaft-

sich rufen wir: Sozialismus, dein Reich komme! Deshalb werden wir auch im Kriege gegen den Krieg zu den Vorwärtstreibenden, zu den Stürmenden gehören und eure Entscheidungen um so freudiger begrüßen, je entschlossener, je selbstvertrauender sie sind. Wir sind jedoch nicht umsonst durch die Schule der gemeinsamen Bewegung gegangen. Wir sind dabei, wenn ihr klug und weise wägt. Wir sind dabei, wenn ihr kühn wagt. Wir werden nicht fehlen, wenn es gilt, bis zum letzten Atemzug alles, was wir können, alles, was wir sind, für die Sache des Friedens, der Freiheit, des Glückes der Menschheit einzusetzen. Das große Ideal, dem wir dienen, kann nur verwirklicht werden, wenn wir der vollen Tragweite des Wortes eingedenk sind:

Und setzet ihr nicht das Leben ein,
Wie wird euch das Leben gewonnen sein!"

Das Erwachen einer neuen Arbeiterinnenschicht.

Ein Nachwort zum Kampfe der Papierwarenarbeiterinnen
in Aschersleben.

Der Bluthauch der modernen Arbeiterbewegung wirkt nach und nach auch auf die sprödesten Arbeiterschichten ein und läßt sie zum gewerkschaftlichen und politischen Leben erwachen. Nicht wenig trägt hierzu jenes kurzfristige Scharfmachertum bei, das da glaubt, zurückgebliebene Gruppen des Proletariats gewaltsam unter ein sogenanntes patriarchalisches Regime beugen zu können. Die Kennzeichen solcher Väterlichkeit sind bekannt. Der „wohlwollende Brotgeber“ regelt selbstherrlich die Arbeitsbedingungen, oft auch das private Leben „seiner“ Arbeiter und Arbeiterinnen, die „nir to seggen“, sondern sich unweigerlich den Anordnungen „ihres Herrn“ zu fügen haben.

Wer denkt nicht bei dem Worte „Lütkenleberinnen“ an arme Geschöpfe, deren Löhne sich bedenklich denen von Sträflingen nähern? Die Vorstellung entspricht der Wirklichkeit, und diesem Umstand ist es mit zuzuschreiben, daß beim Lütkenleben die „freie“ Arbeit mit der Gefängnisarbeit in Konkurrenz tritt und ihr mehr und mehr das Feld streitig macht. Gegen die sinken Hände unserer Heimarbeiterinnen, die von zartester Jugend an ihre Beschäftigung gewöhnt sind, können die Zwangsarbeiter in den Gefängnissen nicht aufkommen. Die Fabrikanten aber malen den Heimarbeiterinnen die Gefängnis Konkurrenz als Schreckbild an die Wand, um die Löhne auf der denkbar niedrigsten Stufe zu halten. In Worten, die von Mitleid überfließen, erklären sie, die Fabrikation unter dem Druck der konkurrierenden Gefängnisarbeit aufgeben zu müssen, wenn, ja wenn die Arbeiterinnen nicht ein Einsehen mit der „Notlage der Industrie“ haben und sich weiter mit Hungerlöhnen begnügen. Freilich sieht die angerufene Notlage in Wirklichkeit eigen tümlich genug aus: imposante Fabrikanlagen, stolze Villen, fürstliche Lebenshaltung reden gerade nicht von mageren Profiten.

Aschersleben ist in Deutschland der Hauptort für die Fabrikation von Papierverpackungswaren aller Art. Fabelhafte Summen legen die großen „Markenfirmen“ der Genuss- und Lebensmittelindustrie jahraus jahrein für ihre Verpackungen an. Bis zu 240 000 Mk. sollen sich die Aufwendungen für Malzkaffee-, Margarine-, Backpulver-, Kindermehl-, Suppenwürfelverpackungen und dergleichen mehr summieren, die einzelne weltbekannte Firmen jährlich aus Aschersleben beziehen. Die Hauptfirma der dortigen Papierwarenfabrikation heißt S. C. Westhorn. Vor etwa fünfzig Jahren wurde sie von dem Vater der jetzigen beiden Inhaber, der Kommerzienräte Westhorn, mit einem Kapital von 500 Talern gegründet. Heute beschäftigt sie nach ihren eigenen Angaben innerhalb und außerhalb des Betriebs 1800 Leute. Noch überragt die Fabrik mit ihrer schönen Fassade das Stadtbild Ascherslebens. Sie enthält Räumlichkeiten von

über 17 000 Quadratmetern, wo mehrere hundert der besten Maschinen stehen.

Die Besitzer sind Multimillionäre und halten sich über ein Duzend Luxusperde neben den unerläßlichen Autos. Sie wollten aber nicht nur als reiche Leute gelten, sondern auch als Wohltäter ihrer Vaterstadt und arbeiterfreundliche Unternehmer. Das beides soll freilich nicht allzubiel kosten. Und die Herren bewährten sich auch bei Wohlturn und Arbeiterfreundlichkeit als glänzende Geschäftsleute. Sie schenkten der Stadt Aschersleben ein Haus, das „Westhornhaus“, das über 300 000 Mk. kostete, entnahmen aber — wie behauptet wird, ob mit Recht oder Unrecht, können wir leider nicht sagen — von der städtischen Sparkasse ein Darlehen in fast derselben Höhe zu 3½ Prozent auf viele Jahre, so daß sie ihr eigenes Geld zu weit höherem Zinsfuß weiter „arbeiten“ lassen konnten. Nichtsdestoweniger anerkennen wir, daß das „Westhornhaus“ mit seiner Bibliothek, seinen Lesesaal und Sitzungszimmern, dem schönen Theateraal eine wertvolle Gabe für die Stadt war. Der Ruhm der Stifter ging in alle Welt, und sie selber sorgten dafür, daß ihr Geschenk als soziale Großtat gepriesen wurde. Die Firma gab eine typographisch schön ausgestattete Festschrift heraus, deren Text ein bekannter Pädagoge und begeisterter Verehrer von Ernst Abbe in ehrlichem Glauben nach den Angaben der Herren Westhorn schrieb. Die Schrift feierte diese „als Bahnbrecher auf dem Gebiet der werktätigen sozialen Reformarbeit, deren Namen neben dem von Ernst Abbe in Zukunft in Ehren genannt werden“ würden. Die Herren ließen sich solche Lobpreisungen nicht nur gern gefallen, sondern beschworen selbst ihre leuchtende soziale Gesinnung. Der Kommerzienrat und Stadtverordnetenvorsteher Otto Westhorn erklärte beim fünfzigjährigen Jubiläum der Firma: „Als Arbeitgeber soll man in seinen Mitarbeitern nicht Arbeitsmaschinen, sondern Menschen sehen. ... Allen Arbeitgebern möchte ich zurufen und ans Herz legen: Seht in euren Arbeitern nicht Arbeitsmaschinen, sondern gleichberechtigte Menschen, die auch Herz und Gemüt und das selbe Recht auf Menschenwürde haben wie ihr. Behandelt eure Arbeiter nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Fabrik nicht als Bürger zweiter Klasse, sondern als gleichberechtigte Mitglieder der menschlichen Gesellschaft. Behandelt sie so, wie ihr an ihrer Stelle behandelt sein möchtet.“

Goldene Worte in der Tat! Nur schade, daß sie nicht in bare Münze ungeprägt wurden! Bald nach der Einweihung des „Westhornhauses“ wurde einer Gruppe von Arbeiterinnen der Lohn um 50 Pf. wöchentlich gekürzt, und er war wahrlich schon niedrig genug! Als ein Verzweiflungstreif der inorganisierten Buchdruckerhilfsarbeiterinnen ausbrach, stellte die noble Firma die Väter der Arbeiterinnen vor die Alternative, entweder ihre Töchter zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen oder selbst aus dem Betrieb hinauszufliegen. Durch dieses schädige Mittel wurde der Streik gebrochen. Mit der sonstigen Behandlung der Arbeiterinnen sah es nicht besser aus als mit ihrem Lohne. Die Arbeiterinnen wurden durch Androhung von Geldstrafen gezwungen, Sonnabends über die gesetzlich zulässige Zeit — bis nach 5 Uhr — zu arbeiten. Willkürlich legten ihnen die Werkführer Geldstrafen auf für angeblich schlecht ausgeführte Arbeiten, für Lachen beim Schaffen, für Wegwerfen eines kleinen Streifchens ihrer Lohnbeutel außerhalb der Fabrik usw. Aber jede Geduld Ausgebeuteter und Unterdrückter hat einmal ein Ende. Es hatte schon lange unter der Arbeiterschaft der Firma gegärt, endlich wendete sie sich hilfessuchend an den Buchbinderverband als die zuständige Organisation. Es versteht sich von selbst, daß der Verband sich ihrer annahm.

Nur bescheidene Forderungen waren es, die an die drei Firmen gestellt wurden, die in Betracht kamen. Für Hilfsarbeiter Löhne von 8 bis 21 Mk. wöchentlich, je nach der Zeit der Beschäftigung im Beruf, und nach den gleichen Grund sätzen für Arbeiterinnen einen Wochenverdienst von 7 bis

11 Mk. Bisher hatte der durchschnittliche Verdienst der Arbeiterinnen, die bei weitem unter den Beschäftigten überwiegen, im Zeitlohn 7,94 Mk. und im Akkordlohn 8,62 Mk. wöchentlich betragen. Ein Artikel im „Märserslebener Anzeiger“ gab das zu, dem Blatte, das der Firma Bestehorn als Sprachrohr diente. Wohl gemerkt war der angegebene Betrag der Durchschnittslohn der Fabrikarbeiterinnen, ein nicht unbeträchtlicher Teil von ihnen verdiente bedeutend weniger, bis herab zu 3,60 Mk. wöchentlich. Beträchtlich unter dem Durchschnitt stand auch der Verdienst der Heimarbeiterinnen, die in die statistische Erhebung über die Löhne nicht einbezogen worden waren. In einem sehr höflichen Begleitschreiben zu den sehr bescheidenen Forderungen war um eine mündliche Unterredung gebeten worden. Unter Beschimpfung der Arbeitervertreter als Lügner und Schwindler wurde diese von der Firma abgelehnt. Die Forderungen selbst genügten, damit die Herren Bestehorn den Mantel der „Arbeiterfreundlichkeit“ vollständig abwarfen. Blindwütig wurden erst 6, dann weitere 30 Arbeiterinnen gemahregelt, alle Kniffe der Überredung, alle Kniffe der Täuschung wurden aufgeboden, um die übrigen einzuschüchtern und zu bestimmen, dem Verband den Rücken zu kehren und ihre eingereichte Kündigung zurückzunehmen.

Allein die bisher bewährten Mittel fruchteten nicht länger. Die Arbeiterinnen waren erwacht, sie ließen sich nicht mehr einschüchtern. Zum erstenmal, seit es in Deutschland eine Arbeiterbewegung gibt, traten Papierwarenarbeiterinnen in so großer Zahl, rund 300 — mit ihnen einige Arbeiter — in einen Streik, und die meisten von ihnen hielten 7 Wochen lang im Kampfe aus. 300 bis 400 Heimarbeiterinnen stellten gleichfalls ihr Schaffen für die Firma Bestehorn ein. Diese gab sich alle Mühe, in der Presse den Streik gleich von Anfang an als gescheitert und für sie nicht bestehend hinzustellen. Ihre Reisenden suchten die Kundschaft, besonders Konsumvereine, in gleicher Weise zu täuschen, um Aufträge zu erhalten. Die Firma scheute sich auch nicht, kräftig den roten Lappen zu schwenken; völlig wahrheitswidrig unterschob sie der Bewegung, ein Mittel zur Stärkung der Sozialdemokratie und ihrer Parteikasse zu sein. Solches Geschwafel sollte die veränderte Stellungnahme zur Arbeiterbewegung mit dem Scheine der Rechtfertigung umkleiden. Wenn die Lohnbewegung in Märsersleben hoffentlich dazu beitragen wird, die dortige Arbeiterschaft auch politisch zum Verständnis ihrer Klassenlage als Ausgebeutete zu wecken, so ist diese Begleiterscheinung das unbestrittene Verdienst der Herren Bestehorn und der offiziellen Vertreter des Klassenstaats. Wie könnte solches Erwachen ausbleiben, wenn die Proletarier Zeugen waren, wie bereitwillig und energisch sich Behörden und Gerichte den Interessen der armen, bedrückten und verkannten „Arbeiterfreunde“ annahmen. Noch bevor der Streik überhaupt ausgebrochen war, wurde eine Versammlung als „politisch“ aufgelöst, in der der Referent über „das Recht der Arbeiter“ sprach, und die sich lediglich mit der Lohnbewegung befaßte. Die Märserslebener Polizei mitsamt ihren Sunden war vollzählig vor dem Tagungslokal postiert, und als die Versammlungsleitung auf die Ungehörmäßigkeit der Auflösung hinwies und weitertagen lassen wollte, erschienen auf Befehl des kommandierenden Polizeikommissars 7 Schutzleute im Saale. Augenscheinlich sollten sie mit Waffengewalt dafür sorgen, daß die Versammelten „das Recht der Arbeiter“ im Deutschen Reiche kennen lernten. Wenn es nicht zum Blutvergießen kam, so ist das nur der Besonnenheit der Versammlungsleitung zu verdanken, die zum ruhigen Auseinandergehen aufforderte. Denn schon hatte der Kommissar den Befehl erteilt: „Schuppenketten herunter!“ Doch damit nicht genug. Der Bezirksleiter des Buchbinderverbandes kornacker wurde wegen Erpressung und Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung behauptet und angeklagt. Ein an der Bewegung gänzlich unbeteiligter Buchdrucker sitzt trotz aller Reklamationen schon wochenlang wegen „unlauteren Wettbewerbs“ im Gefängnis, weil er der Streikleitung einige

Kunden der Firma Bestehorn genannt haben soll! Ein derartiger „Verrat von Geschäftsgeheimnissen“ erscheint um so grotesker, als die Papierwaren meistens mit den Firmen der Kundschaft bedruckt werden. Während die Behörden rasch und schneidig gegen die Arbeiterinnen und ihren Führer voringen, geschah der Firma Bestehorn nichts, wenn sie Gesetzwidrigkeiten auf Gesetzwidrigkeiten beging. Unbehelligt durfte sie den arbeitswilligen Fabrikarbeiterinnen nach zehnstündigem Schaffen im Betrieb Arbeit mit nach Hause geben, Kinder unter 13 Jahren beschäftigen, und sogar kaum schulpflichtige Kleine mußten ihr schon morgens 4 Uhr und noch abends 11 Uhr beim Lütenleben fronden, Verpackungen für Lebensmittel wurden in schmutzigen Wohnungen, unter den unhygienischsten Verhältnissen hergestellt und Arbeiterinnen an Sonntagen ohne die vorgeschriebene Genehmigung der Behörden in der Fabrik beschäftigt. Alle einschlägigen Eingaben der Streikleitung an die Polizei und die Gewerbeinspektion scheinen völlig fruchtlos geblieben zu sein. Was Wunder da, wenn die Proletarier sich die Frage vorlegen: Warum diese doppelte Buchführung im Verhalten gegen die Arbeiterinnen und die millionenschweren Kommerzienräte? Kommt das nicht daher, daß die politische Macht nach der Größe des Geldbeutels verteilt ist, wie dies das Dreiklassenwahlrecht so augenscheinlich zeigt? Muß nicht ein solch ungerechtes Wahlsystem beseitigt werden, das dem, der schon viel hat, noch viel mehr gibt, und dem, der wenig hat, noch dies Wenige nimmt? Und welche Partei tritt für das Recht der Armen und Kleinen ein, ist das nicht die Sozialdemokratie? Jawohl, ihr Herren Kommerzienräte, ihr Staats- und Ordnungsstützen, solche Fragen und Gedankengänge erweckt ihr durch eure Profitjucht, eure Scharfmacherei, durch eure „Gesetzesliebe“ und eure Schneidigkeit gegen Arbeiterinnen. Zwar mußte der Streik am 16. November abgebrochen werden, ohne daß andererseits ein sofortiger greifbarer Erfolg zu verzeichnen war, als daß zwei Fabrikanten eine Aufbesserung der Löhne versprochen. Die Herren Bestehorn lehnten brutal selbst eine Antwort auf die Frage ihrer streikenden Arbeiterinnen ab, unter welchen Bedingungen die Arbeit wieder aufgenommen werden könnte. So viel steht trotz alledem fest, daß die Fabrikanten nicht mehr über die alte Arbeiterschaft gebieten, die mit Schafsgeduld alles über sich ergehen ließ. Die Papierwarenarbeiterinnen sind zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gekommen. Diese Errungenschaft kann nicht wieder verloren gehen. Es muß nach Mitteln und Wegen gesucht werden, um die Papierwarenfabrikanten zur Anerkennung der Menschenrechte ihrer Lohnsklavinnen zu zwingen. Und solche Mittel und Wege werden sich finden. Der Sieg der Fabrikanten wird sich als ein Pyrrhusieg erweisen.

E. Klotz.

Schwankungen der Arbeitsintensität von Textilarbeiterinnen.

II.

Von größerer Bedeutung als die Feststellung des am ertragreichsten Wochentags sind die Feststellungen über die Leistungsfähigkeit während der einzelnen Tagesabschnitte. Dr. Vernays hat ihre Untersuchungen auf die Ermittlung der Halb- wie Vierteltagsergebnisse gerichtet. Der Arbeitstag der Spinnerinnen in Speyer zählt $9\frac{1}{2}$ Stunden; hiervon liegen $4\frac{1}{2}$ Stunden vor der Mittagspause; sie gehen von $7\frac{1}{4}$ bis 12 Uhr, und ebenfalls $4\frac{1}{2}$ Stunden nach ihr, von 1 bis $5\frac{1}{4}$ Uhr. Die Ergebnisse der Untersuchungen sind nicht nur als ein Beitrag zur Psychophysik der Textilarbeit beachtenswert, sondern können auch zum mindesten als Anlaß zu weiteren Untersuchungen dienen, deren Feststellungen für die Hygiene der Arbeit verwertet werden sollten.

Bei allen Spinnerinnen zeigt der Nachmittag eine höhere Leistung als der Vormittag, nur der Samstag macht eine Ausnahme von dieser Regel. Der Unterschied in den Leistungen für die beiden Tagesabschnitte ist recht erheb-

lich. Für die drei beobachteten Kategorien von Arbeiterinnen ergeben sich einige Verschiedenheiten bezüglich des Tages, an dem die größte Spannung zwischen Vormittags- und Nachmittagsleistung besteht. Auf sie einzugehen ist hier nicht notwendig. Erwähnt sei nur noch, daß auch in den ersten Tagen, in denen die gesamte Tagesleistung schnell steigt — vom Montag auf Dienstag und weiter auf Mittwoch —, die Vormittagsleistung immer hinter der des vorangegangenen Nachmittags zurückbleibt.

Die Ermittlung des Pensums für zwei Tageshälften von je 4¹/₂ Stunden ergibt natürlich noch kein genaues Bild von der Entwicklung der Arbeitsleistung im Laufe des Tages und läßt auch noch nicht vermuten, welche Umstände für den Grad der Arbeitsintensität verantwortlich sein können. Um die Arbeitsintensität für kleinere Zeitabschnitte zu messen, hat Dr. Bernays daher Vormittag und Nachmittag wieder je in zwei Hälften geteilt. Die Teilungsschnitte bildeten Frühstück- und Vesperpause. Die hierdurch gewonnenen Zeitabschnitte waren: von 7¹/₂ bis 9¹/₂ Uhr, von 9¹/₂ bis 12 Uhr, von 1 bis 3¹/₂ Uhr und von 3¹/₂ bis 5¹/₂ Uhr. Die Pausen bedeuten in der Fabrik keine vollständige Arbeitsunterbrechung, sondern nur ein langsameres Arbeiten und Einnahme von Kaffee und Brot. Was ist das Ergebnis dieser Untersuchungen? Die höchste Leistung wird im letzten Tagesabschnitt erreicht, der erste Abschnitt bringt die geringste Leistung. Der zweite und dritte Tagesabschnitt bieten bei den Feinspinnerinnen gleiches Ergebnis, bei den Ring- und Grob- spinnerinnen zeigt der zweite Abschnitt höhere Leistungen als der dritte. Von der Gesamtwochenleistung entfallen in Prozenten:

	7 ¹ / ₂ bis 9 ¹ / ₂ Uhr	9 ¹ / ₂ bis 12 Uhr	1 bis 3 ¹ / ₂ Uhr	3 ¹ / ₂ bis 5 ¹ / ₂ Uhr
Ringspinnerinnen	23,9	24,9	23,5	27,7
Feinspinnerinnen	17,6	26,5	26,5	28,2
Grob- spinnerinnen	19,1	26,8	24,1	29,6

Auf die Untersuchungen über das Verhältnis der Leistung während der einzelnen Tagesabschnitte an jedem Wochentag können wir hier nicht eingehen. Die Übersicht ergibt augenfällig das Übergewicht des letzten Tagesabschnitts und das Zurückbleiben des ersten, woran wir uns hier halten wollen.

Aus welchen Ursachen entspringen die Unterschiede in den Leistungen von Vormittag und Nachmittag und die in den beiden Hälften, und wie erklärt sich die geringe Leistung am Morgen und die hohe am Abend?

Der verhältnismäßig geringe Umfang des Materials verbietet natürlich die Ableitung irgend eines Schlusses, der unbedingte Gültigkeit auch nur für die hier beobachteten Fälle beanspruchen könnte. Es kann nur der Versuch einer möglicherweise zutreffenden Erklärung gemacht werden. Wertvoll wäre es zur Begründung der ganzen Frage gewesen, über den Gesundheitszustand der Arbeiterinnen etwas zu erfahren.

Für die geringe Leistung im ersten Tagesabschnitt glaubt Dr. Bernays folgende Gründe annehmen zu können: den Mangel an Übung, der sich jeden Morgen zeigt, zum Teil die Ermüdung, die der für viele Arbeiterinnen weite Weg aus dem Heimatdorf zur Fabrik bedingt, endlich die geringe Nahrungsaufnahme vor Beginn der Arbeit. Daneben kommen unstreitig für viele Frauen auch noch häusliche Arbeiten in Betracht, die vor dem Gang in die Fabrik besorgt werden müssen. Das zeigen die Unterschiede zwischen den Leistungen der verheirateten Arbeiterinnen und denen aller Arbeiterinnen überhaupt. Die Vormittagsleistung der verheirateten Frauen ist geringer als die Durchschnittsleistung aller Arbeiterinnen. Weiter drängt sich angesichts der geringen Leistung am Morgen der Gedanke auf, ob sie nicht in ungenügender Ruhe und in allgemeiner Nervosität mitbegründet ist. Daß ungenügende Nachtruhe die Arbeitsleistung am Morgen beeinträchtigt, ist wohl allgemein anerkannt. Und Unlust zur Arbeit am Morgen ist sicher häufig ein Zeichen von Nervosität, die in der Arbeiterchaft viele Opfer findet.

Die kurze Erholung während der Frühstückspause, die geringe Nahrungsaufnahme und vor allem der Gemüß von Kaffee sollen in Verbindung mit der aus der Arbeit selbst entspringenden Anregung die Leistungssteigerung des zweiten Abschnitts hervorrufen. Die Mittagspause mit Essen und Schlaf erzeugt nicht unmittelbar höhere Arbeitsleistung, sondern mindert sie eher. Das ist allgemein bekannt, und die Feststellungen von Dr. Bernays bestätigen somit eine Erfahrung, die tausendfach gemacht worden ist. Die günstigen Wirkungen der Hauptmahlzeit am Mittag kommen erst einige Stunden später, im letzten Tagesabschnitt zur Geltung. Für das Ergebnis dieses Abschnitts wirken neben diesen Ursachen auch noch die kleine Unterbrechung während der Vesperzeit und der dann genossene Kaffee.

Selbstverständlich kommen für die Arbeitsleistung sowohl an den einzelnen Wochentagen wie an den Tagesabschnitten auch noch andere Umstände in Frage als die hervorgehobenen. Dr. Bernays ist geneigt, dem Willensmoment einen erheblichen Einfluß zuzugestehen und auch dem Grade der Mechanisierung der Arbeit. Es muß dahingestellt bleiben, ob es je gelingen wird, den genauen Anteil der einzelnen Umstände an der Arbeitsintensität zu ermitteln. Die von Dr. Bernays ermittelten Resultate können nach ihren eigenen Worten nicht allgemeine Geltung beanspruchen. Dazu ist, wie schon betont, ein größeres Material notwendig. Wertvoll wäre es, wenn neben dem Grade der Arbeitsintensität für die einzelnen Wochentage und Tagesabschnitte auch die Unfallhäufigkeit untersucht würde. Die Feststellung, ob mit gesteigerter Arbeitsintensität gegen Abend die Unfallhäufigkeit wächst oder nicht, hätte für die praktische politische und gewerkschaftliche Arbeit große Bedeutung. Allerdings könnten Feststellungen in dieser Beziehung auch noch andere Ursachen vermuten lassen als die Steigerung der Arbeitsintensität allein, so zum Beispiel das Nachlassen der Vorsicht. Auf den Zusammenhang zwischen Hausfrauenarbeit und Arbeitsleistung in der Fabrik soll in einem anderen Aufsatz eingegangen werden.

J. H.

Der Ausfall der Angestelltenversicherungswahlen.

Die Wahl der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung brachten der gewerkschaftlichen Richtung in der Angestelltenbewegung große Erfolge. Es gelang der Freien Vereinigung nicht nur in Großstädten, sondern auch in mittleren und kleineren Orten ansehnliche Stimmzahlen auf ihre Listen zu vereinigen. So entfielen in Berlin auf die Freie Vereinigung und eine mit ihr verbundene Liste 13 020 Stimmen, während der Hauptauschuß es nur auf 10 638 brachte. In Hamburg, dem Sitze der größten Verbände, die dem Hauptauschuß angehören, erhielt dieser 7206, die Freie Vereinigung 3801 Stimmen. In etwa 200 Stimmbezirken, in denen sich die Freie Vereinigung an den Wahlen beteiligte, entfielen auf sie und die mit ihr verbundenen Listen (nach einer Zusammenstellung in Nr. 24 der „Handlungsgehilfenzeitung“) 73 928 und auf den Hauptauschuß 159 962 Stimmen. Man muß hierbei berücksichtigen, daß die dem Hauptauschuß angegliederten Organisationen nach ihren Angaben etwa 600 000 Mitglieder zählen, während die Mitgliederzahl der Verbände, die der Freien Vereinigung angeschlossen sind, etwa 55 000 beträgt. Es ist dann nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß der Hauptauschuß eine schmachliche Niederlage erlitten hat. Die hohe Zahl der Vertrauensmänner, die trotzdem auf seine Listen entfallen ist, erklärt sich aus den „Erfolgen“, die der Hauptauschuß auf dem Lande erzielte, wo die Aufklärungsarbeit der Freien Vereinigung noch nicht hindringen konnte.

Unzweifelhaft wären die Erfolge der Freien Vereinigung noch größere, die Niederlage des Hauptauschusses wäre eine niederschmetternde gewesen, wenn nicht die weiblichen Angestellten sich hätten von den Hauptauschüßlern eingefangen la-

sen. Die Frauen waren bei diesen Wahlen die einzige Rettung für die frauenfeindlichen antisemitischen Handlungsgehilfen und ihre Trabanten! So unglaublich dies klingt, es entspricht den Tatsachen. Drastisch zeigen folgende Wahlergebnisse, wie erheblich die Frauen an den vom Hauptauschuß aufgebrauchten Stimmzahlen beteiligt waren:

Wahlkreis	Der Hauptauschuß erhielt Stimmen	Et von entfielen auf die Frauenlisten	In Prozent
Berlin	10638	4011	37
Breslau	4317	1650	38
Dresden	6367	1629	26
Frankfurt a. M.	4766	1228	26
Görlitz	1228	324	26
Halle	1731	422	24
Kassel	1988	597	30
Köln	4052	974	24
Krefeld	1482	429	29
München	3349	1637	42
Stuttgart	3228	665	20

Zu diesen Feststellungen muß allerdings hinzugefügt werden, daß die den Verbänden der Freien Vereinigung angeschlossenen weiblichen Angestellten vollauf ihre Pflicht getan haben, besonders gilt dies von den weiblichen Mitgliedern des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen. Ihre Beteiligung an der Wahl und an der Wahlarbeit war durchaus rege.

Wie erklärt es sich, daß die weiblichen Angestellten in so großer Zahl ihren ausgesprochenen Feinden beifliegen konnten? Schon in unserer Betrachtung vor der Wahl (siehe Nr. 3, S. 36) hatten wir darauf hingewiesen, daß die kaufmännischen Vereine weiblicher Angestellter dem Hauptauschuß angeschlossen sind. Die Vereine des Hauptauschusses gingen bei der Wahl mit getrennten Listen vor, das heißt, jede Organisation stellte eine eigene Kandidatenliste auf. Die Listen wurden dann als sogenannte verbundene Listen dem Wahlvorstand angemeldet. Es gelang den weiblichen Angestelltenverbänden mit ihren „reinen Frauenlisten“ zunächst die Stimmen ihrer eigenen Mitglieder zu gewinnen, ferner auch die eines Teiles der großen Schar unorganisierter weiblicher Angestellter einzufangen. Die Freie Vereinigung stellte überall nur eine Liste auf, auf der die Kandidaten aller ihr angeschlossenen Verbände vereinigt waren. Diese Listen konnten selbstverständlich keine reinen Frauenlisten sein. Daß die für die „reinen Frauenlisten“ abgegebenen Stimmen auch den Frauenfeinden unter den Angestellten zugute kamen, wurde durch das System der verbundenen Listen vortrefflich verschleiert. Man muß auch anerkennen, daß die Verbände des Hauptauschusses es verstanden haben, während des Wahlkampfes ihre wahre Haltung zur Frauenfrage zu verbergen. Sie hatten hierbei in den Vertreterinnen der kaufmännischen Vereine weiblicher Angestellter wadere Selberinnen. Es war ein seltsames Schauspiel, das zum Beispiel eine Berliner Wahlversammlung bot. Neben Herrn Oskar Thomas vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, der sich sonst im Schmäh der erwerbstätigen Frauen nicht genug tun kann, mühte sich Fräulein Israel vom Verband kaufmännischer Vereine für weibliche Angestellte ab, die Wählerinnen für den Hauptauschuß zu begeistern. Aber dort, wo die Herren vom Hauptauschuß glaubten nicht auf die weiblichen Angestellten rechnen zu können, da ließen sie auch wohl ihre Maske fallen und versuchten mit der Frauenfeindschaft Geschäfte zu machen. So erschien zum Beispiel in Göttingen ein Wahlausruf für die Liste des Hauptauschusses, in dem man der weiblichen Angestellten nicht gerade mit schmeichelhaften Worten gedachte.

Was die weiblichen Angestellten nach den Wahlen von ihren Freunden im Hauptauschuß zu erwarten haben, darüber können doch auch die ihm angeschlossenen Frauenorganisationen kaum im Zweifel gewesen sein. Die Verbände, die

gegen das Wahlrecht der weiblichen Angestellten zu den Kaufmannsgerichten sind, die bei jeder Gelegenheit die Behörden mit Eingaben bestürmen, in denen sie fordern, für weibliche Angestellte keine Fortbildungsschulen zu errichten: diese Verbände werden sich nicht gerade für die Beseitigung der im Versicherungsgesetz bestehenden Ungerechtigkeiten gegen die Frauen begeistern. Aber hierauf kam es den Vertretern der bürgerlichen Organisationen weiblicher Angestellter auch gar nicht an. Wir haben es hier mit einem Teil der Erscheinung zu tun, die wir auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens in immer steigendem Maße beobachten können. Auch für die Führer und Führerinnen dieser Frauenverbände ist bei ihrer Stellungnahme zu den verschiedenen Angestelltenorganisationen nicht mehr allein die Haltung zur Frauenfrage maßgebend, sondern die gesamte Weltanschauung. Weil die kaufmännischen Vereine weiblicher Angestellter ihrer ganzen Zusammenfassung und ihrer ganzen Entwicklung nach den Organisationen des Hauptauschusses viel näher stehen als den freigewerkschaftlichen Angestelltenverbänden, deshalb haben sie sich mit den im Hauptauschuß vereinigten Reaktionären verbunden, trotz deren Frauenfeindschaft.

Die kaufmännischen Vereine für weibliche Angestellte unterstehen dem Einfluß bürgerlicher Frauenrechtlerinnen und erhalten ebenso Unterstützungen aus Prinzipalskreisen wie die Harmonieverbände der männlichen Angestellten. Schon dadurch, daß sie sich auf die Organisation weiblicher Angestellter allein beschränken, sind sie unfähig zu einer wirksamen Vertretung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder. Wir wissen, daß die gewiß nicht rosigten Verhältnisse der Angestellten beider Geschlechter nur durch gemeinsame Organisationen von männlichen und weiblichen Angestellten eine Besserung erfahren können. Wenn die Verbände weiblicher Angestellter mit den auf gewerkschaftlicher Basis aufgebauten Angestelltenorganisationen zusammengegangen wären, so würden vielleicht manche Anhängerinnen dieser Vereine — die zu einem nicht geringen Teil Arbeitertöchter sind — zu der Einsicht gekommen sein, daß ihre Interessen besser vertreten werden können, wenn sie dauernd mit ihren männlichen Kollegen in gemeinschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten. Das hätte der jahrelangen mühsamen Arbeit Abbruch getan, die weiblichen Angestellten von der Erkenntnis ihrer wirklichen Lage abzuhalten. Es war daher auch aus diesem Grunde geboten, daß die Frauenorganisationen nicht mit der Freien Vereinigung, sondern mit dem Hauptauschuß zusammengingen.

Diesmal ist es den bürgerlichen Organisationen weiblicher Angestellter noch gelungen, den größeren Teil der weiblichen Wähler ins Schlepptau zu nehmen. Die Wahlen haben den verhältnismäßig großen Einfluß dieser Vereine dargetan. Für uns ergibt sich daraus die Notwendigkeit, mehr als bisher das Augenmerk auf sie zu richten. Zweifellos wird es bei planmäßiger Arbeit möglich sein, nicht nur den Einfluß dieser Vereine einzudämmen, sondern auch einen großen Teil der heute noch gänzlich indifferenten weiblichen Erwerbstätigen im Angestelltenberuf dazu zu bringen, daß sie den Weg zu ihren gewerkschaftlichen Organisationen finden und ebenso zu ihrer politischen Vertretung, der sozialdemokratischen Partei. Versäumen wir diese Arbeit nicht, dann wird die Wahl zur Angestelltenversicherung in sechs Jahren ein anderes Bild ergeben. Dann können die weiblichen Angestellten nicht mehr ein Hort der Reaktion sein, sondern sie werden den gewerkschaftlichen Flügel der Angestelltenbewegung verstärken und so zu seinem endlichen Siege beitragen. F. O.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Im Auftrag der Zahlstelle Stettin des Fabrikarbeiterverbandes sprach die Unterzeichnete in drei Versammlungen über „den Nutzen der gewerkschaftlichen Or-

ganisation". Die Versammlungen waren überwiegend von Frauen besucht. Diese folgten dem Vortrag mit der größten Aufmerksamkeit, und viele von ihnen traten dem Verband bei.

Im zweiten altenburgischen Wahlkreis hatte die Partei in folgenden Orten Versammlungen einberufen: Kriebitzsch, Wöbniß, Altenburg, Schmölln, Laska, Oberndorf, St. Gangloff, Reichenbach, Bobek, Ronneburg, Roda, Hermsdorf, Kahla, Uhlstädt und Orlamünde. Überall lautete das Thema: Regierung, Volk und Teuerung. Was tut die Regierung gegen die Teuerung? Alle Versammlungen waren gut besucht. Viele Frauen schlossen sich der Partei an, und für die Gleichheit wurden Leserinnen gewonnen.

Mit derselben Tagesordnung fanden im Spremberg-Kottbusser Wahlkreis gut besuchte Versammlungen statt in den Orten Slawen, Spremberg, Welzow, Kottbus und Peiß. Zwei Drittel der Zuhörer waren Frauen, die den Worten der Rednerin gespannt lauschten. Ausschließlich von Frauen besucht waren die Versammlungen in Michelsdorf und Rödeln in der Mark Brandenburg. Diese beiden Versammlungen fanden in rein ländlichen Orten statt, die Zuhörerinnen arbeiten auf den Gütern und in Ziegeleien gegen elenden Lohn, halb als Sklavinnen behandelt, und dennoch waren über 300 von ihnen erschienen. Sie ließen manch kräftiges Wort der Zustimmung zu den Ausführungen der Referentin fallen, aus dem unsere Herrschenden sich über die Stimmung auf dem Lande unterrichten könnten, wenn anders sie belehrbar wären. Durchgehend erhielten die Versammlungen ihr Gepräge durch die Teuerung, die auf den Massen lastet. Der Besuch bewies, daß unter dem Druke der Teuerung am härtesten die Proletarierinnen zu leiden haben, aber zugleich auch, daß diese als Urheber ihrer Not den Kapitalismus erkennen lernen. Sorgen wir dafür, daß im beackerten Boden die Saat aufgeht. Dann wird die Zukunft unser sein.

Verta Lungwiz.

In Nürnberg sprach in einer gut besuchten Versammlung Genossin Wlos über „Proletarische Mütter“. Nach einem kurzen geschichtlichen Rückblick über die entrechtete Stellung der Frau entrollte die Rednerin ein Bild des Elends der proletarischen Mütter und Kinder. Sie schilderte das traurige Los der unehelichen Kleinen, die herangewachsen oft in die Prostitution hinabgestoßen werden. Aber diese wartet auf ihre Dpfer nicht einmal immer, bis sie erwachsen sind. Genossin Wlos wies auf den Kinderhandel hin, der auch in Nürnberg getrieben wird. Sie zeigte, daß wer die Not der proletarischen Mütter und Kinder mit ihren Folgeerscheinungen beseitigen wolle, der müsse die Quelle dieser Not verschließen, die kapitalistische Ordnung beseitigen helfen. Der treffliche Vortrag fand reichen Beifall. In der Diskussion erinnerte Genosse Wlos daran, daß, als er vor vierzig Jahren Mitglied der Nürnberger sozialdemokratischen Organisation war, diese noch nicht einmal so viel Mitglieder zählte, als Frauen der Versammlung beiwohnten. Nachdem die Frauenbewegung sich innerhalb der Partei ihren Platz erkungen habe, hätten die entrechteten und ausgebeuteten Frauen heute ihren einzigen ernsthaften Schützer und Bundesgenossen in der Sozialdemokratie. Zum Schlusse richtete die Vorsitzende Genossin Grünberg die Aufforderung an die Frauen, sich unserer Organisationen anzuschließen und für diese zu wirken. Eine Anzahl neuer Mitstreiterinnen trat unserer Reihen bei.

Jahresbericht der Braunschweiger Genossinnen. Das letzte Berichtsjahr war auch für uns eine Periode reger Tätigkeit im Dienste der Partei. Im Wahlrechtskampf standen wir an der Seite der Genossen. Und waren bei der Landtagswahl erst wenige Genossinnen tätig, so beteiligten sich an der Arbeit für die Reichstagswahl bereits eine stattliche Zahl. Schon Monate vorher entfalteten die Genossinnen eine emsige Tätigkeit. Ein Teil ging zur Agitation aufs Land, andere bearbeiteten die Bezirke in der Stadt. Von einer Versammlung zogen wir in die andere, hier an der Diskussion teilnehmend und den gegnerischen Ausführungen entgegentretend, dort ein paar anfeuernde Worte an die Frauen richtend. Anfang Januar fand eine überfüllte öffentliche Frauenversammlung statt, in der Genossin Wlos Referentin war. Ebenso glänzend verlief die Versammlung am Frauentag, obwohl dieser in eine höchst ungünstige Zeit fiel; ließen doch an ihm die zahlreichen hiesigen Konservenfabriken arbeiten. Im September sprach in einer Versammlung der weiblichen Mitglieder Genossin Schulz-Braunschweig über das Genossenschaftswesen; sie forderte die Genossinnen auf, sich eifriger an den Arbeiten im Konsumverein zu beteiligen. In diesem Jahre werden unsere Diskussionsabende von der hiesigen Parteileitung unterstützt. Diese Veranstaltungen sind von den Genossinnen selbst ins Leben gerufen worden. Sie finden

wöchentlich Montagabend statt; es werden dabei Broschüren vorgelesen, Tagesfragen besprochen und Vorträge gehalten, woran sich eine lebhaftige Diskussion anschließt. Besucht werden die Diskussionsabende durchschnittlich von 25 bis 30 Genossinnen, von denen schon manche den Vortrag für diese Abende übernahm, wie denn überhaupt fast alle unsere tätigen Genossinnen ihre Schulung durch sie empfangen haben. Genosse Brenner hat sich in all den Jahren den Genossinnen in selbstloser Weise als Leiter der Veranstaltung zur Verfügung gestellt. Auf Anregung der an den Diskussionsabenden teilnehmenden Genossinnen sind auch die Ferienausflüge für Schulkinder geschaffen worden. Wir wollten der freudearmen Jugend des Proletariats die Möglichkeit verschaffen, wenigstens an einem Tag der Woche aus den Straßen der Stadt hinaus ins Freie zu kommen. Die Ausflüge fanden in den großen Ferien wöchentlich einmal statt, und zu jedem von ihnen stellten sich 1000 bis 1200 Kinder ein. In Abteilungen getrennt und jede Abteilung wieder in Gruppen von 25 bis 30 Kindern geteilt, zogen wir hinaus in den Wald. Dort wurden die Kinder mit Kaffee und Kuchen bewirtet, den der Allgemeine Konsumverein unentgeltlich geliefert hatte. Außerdem gab es Erfrischungsbonbons und abends Himbeerlimonade. Nachdem sich alle gestärkt hatten, wurde gruppenweise unter Aufsicht der Führerinnen gespielt. Abends ging es mit Gesang nach Hause. Auf diesen Ausflügen schlossen sich uns zahlreiche Frauen mit kleineren Kindern an, die nicht zu uns gehörten, die wir aber dann für unsere Partei gewannen. So haben die Ferienausflüge nicht nur zum Segen der Kinder gewirkt. Die Gründung einer Kinderschuttkommission ist bereits in Angriff genommen. Alles in allem können wir mit Befriedigung auf dieses Jahr zurückblicken. Der Lern- und Kampfesifer der hiesigen Genossinnen bürgt dafür, daß wir auch in Zukunft fruchtbringend für unsere große Bewegung wirken werden.

Anna Menge.

Politische Rundschau.

Auf dem wichtigsten Kampfplatz des Balkankrieges, an der Trisatalschallinie, war schon seit einiger Zeit Ruhe eingetreten. Aber eine grausame Bürgerin, die der Krieg geweckt hat, setzt das Werk des Massenmords fort: die Cholera wütet in den türkischen wie in den bulgarischen Reihen und sie stimmt die Staatsmänner des Balkans friedlich. Der Waffenstillstand ist zustande gekommen und ihm wird voraussichtlich der Frieden folgen. Die allgemeine Erschöpfung der Finanzen und der Streitkräfte — die Bulgaren haben schon die 17-jährigen Jünglinge zur Fahne berufen, außerdem droht ihnen eine Auseinandersetzung mit Rumänien, das „Kompensationen“ verlangt — trägt zu dieser Friedensstimmung im Lager der Verbündeten nicht minder bei als die Choleraepidemie. Die Türken haben zwar noch frische Truppenteile, die erst jetzt aus dem Innern Kleinasiens an die Front kommen, doch ist ihr Friedensbedürfnis nicht minder stark als im feindlichen Lager — sie haben schon zu viel verloren, um sich noch Hoffnungen machen zu können. Sind die Bulgaren erschöpft und müssen das Ende eines Krieges herbeisehnen, der ihnen riesige Dpfer auferlegt, ihren „Verbündeten“ — zwischen Bulgaren und Griechen ist es schon zum Zanf über Saloniki gekommen — aber mühelose Erfolge in den Schoß wirft, so sind die Serben dem Friedensschluß deswegen geneigt, weil ihr Konflikt mit Osterreich sich ständig verschärft hat. Die Serben sind bis an das Adriatische Meer vorgedrungen und haben den albanischen Hafen Durazzo besetzt. Die Albanier, die sich für unabhängig erklärt haben, rufen den Schutz der Großmächte, insbesondere Osterreichs-Ungarns und Italiens gegen die serbischen Eroberungspläne an. Die beiden letzteren Mächte stellen sich denn auch Serbien als Hüter des Rechts der Nationalität entgegen, obschon sie die ersten sein werden, der albanischen „Unabhängigkeit“ bei passender Gelegenheit den Kraken umzudrehen. Da Serbien mit Ausnahme Rußlands von keiner Großmacht in seinem Anspruch auf den nördlichen Teil Albanien — den südlichen Teil hatten sich die Griechen vorbehalten — unterstützt wird, so wird es diesen Anspruch wohl fallen lassen. Es wird ihn höchstens soweit aufrecht erhalten können, als es albanischen Gebiets für seinen Zugang zum Meer bedarf. In diesem Punkt aber, in der Forderung eines Hafens an der Adria, denkt Serbien trotz der drohenden Haltung seines mächtigen Nachbarn Osterreich-Ungarn nicht ans Nachgeben. Von einer mächtigen Strömung in Rußland wird es zum Widerstand ermutigt, während die offizielle russische Politik jegliche Einwirkung auf Serbien in diesem Sinne entschieden in Abrede stellt. Da das Lügen aber zum offiziellen Verus der Diplomatie gehört, so will eine solche Versicherung wenig besagen, zumal wenn sie vom Zarismus gegeben wird, der in der äußeren Politik mit ebenso barbarischen Mitteln arbeitet wie im Innern. Allerdings intrigieren innerhalb der russischen Regierungssippe

verschiedene Cliquen gegeneinander, und einer von diesen mag zurzeit eine friedliche Politik für ihre Zwecke gelegener sein. Auf alle Fälle hat das Kaiserreich große militärische Rüstungen vorgenommen und vor allem seine Grenztruppen gegen Österreich und Rumänien verstärkt, wie andererseits auch diese beiden Staaten entsprechende Maßregeln getroffen haben. Natürlich bestreiten alle drei Staaten, daß sie mobilisieren. Tatsache aber ist, daß sie erhebliche Teile ihres Heeres auf den Kriegsfuß gebracht und alle Vorbereitungen dafür getroffen haben, um dieselbe Maßregel bei den übrigen Teilen ihrer Truppenmacht recht schnell ausführen zu können.

Nun sind zwar die Westmächte England und Frankreich mit dem Verhalten ihres Verbündeten und Freundes Rußland keineswegs ganz einverstanden. Die russischen Interessen auf der Balkanhalbinsel sind nicht die ihrigen und den ihrigen zum Teil gerade entgegengesetzt. Was sie mit Rußland vereint, das ist der Gegensatz zu Deutschland. So würde freilich ein Zusammenstoß Österreichs mit Rußland aller Voraussicht nach den Weltkrieg entfesseln, da Deutschland und Italien ihren Entschluß, Österreich Beistand zu leisten, deutlich genug kundgegeben haben, was dann England und Frankreich ohne weiteres auf der Seite Rußlands in den Kampf führen würde. Mit dem Gedanken eines solchen Krieges, der Europa in ein einziges großes Schlachthaus verwandeln würde, haben sich die herrschenden Klassen der „Kulturstaaten“ längst vertraut gemacht. Sie stellen keine Schrecknisse, keine Blutströme kühl in ihre Berechnungen, in ihre Pläne ein — die Großbourgeoisie hat den Krieg nie gescheut, wenn er ihrem Profit günstig erschien, sie schreckt am wenigsten davor zurück in der Zeit der imperialistischen Ausdehnungsbestrebungen, da die Raubgelüste, die sie in früheren Perioden betätigt hat, sich verstärkt haben und mit vermehrter Wucht wirken. Der Kapitalismus schreiet im Frieden unbekümmert über Leichen, eine Legion von Getöteten, Verstümmelten, Verelendeten bezeichnet seine Spur — auch den Massenmord betrachtet er nur von dem Gesichtspunkt aus, ob er sich rentiert oder nicht. Wenn daher jetzt englische Blätter und Minister plötzlich erklären, es wäre ein Verbrechen und eine Unmöglichkeit, Europa wegen der Frage, ob Serbien einen Hafen erhalten soll oder nicht, in den Krieg zu stürzen, so ist es nicht Menschenfreundlichkeit, die sie zu dieser Haltung bewegt. Sie wünschen den Krieg nicht, weil er ihnen keine günstigen Aussichten zu bieten scheint. Sie wollen keine Verwicklung, bei der im gegnerischen Lager Österreich und Italien in erster Linie stehen, Deutschland erst in zweiter — die Macht des Dreiebundes ist ihnen angesichts des traurigen Zustandes der russischen Armee zu groß. Sie möchten einen Krieg, in dem Deutschland im Vordergrund steht, weil sie hoffen, daß Italien und vielleicht auch Österreich, wo ja starke Strömungen gegen das Bündnis mit den Deutschen bestehen, den Bundesgenossen im Stich lassen würden. Deshalb die merkwürdig heftige Friedensliebe in London, die deshalb nur in bedingter Weise als ein Faktor zur Erhaltung des Friedens bewertet werden darf. In Frankreich hat man ähnliche Gefühle, wenn man sie auch aus Rücksicht auf das engere Verhältnis zu Rußland nicht so offen ausspricht. Aber man verläßt sich so wenig auf ihre Wirkung, daß an der Ostgrenze bereits allerlei Vorbereitungen für die Mobilisierung getroffen werden, die in einem Bezirk zu dem tragikomischen Schauspiel einer irrtümlichen Mobilisation führten. Die internationale Situation ist also trotz aller halbamtlichen Versicherungen aus London und Paris, daß eine Entspannung eingetreten sei, keineswegs vertrauenerweckend — um so mehr, als ähnliche Versicherungen, die von der deutschen Regierung ausgingen und die anscheinend von der Absicht diktiert waren, den österreichischen Kriegstreibern ein wenig Mäßigung nahezu legen, von Wien aus eine ziemlich heftige Erwiderung erfuhren. Man kann sogar sagen, daß die Lage sich um so mehr zuspitzt, je näher der Friedensschluß der Balkanstaaten mit der Türkei rückt. Denn dann muß die Entscheidung über die Forderung Serbiens nach freiem Zutritt an die Adria fallen, die Österreich-Ungarn für unannehmbar erklärt. Deshalb kam die Friedenskundgebung des außerordentlichen internationalen Sozialistenkongresses zu Basel (über die an anderer Stelle berichtet wird) durchaus zur Zeit. Sie wird aber den Eindruck, den sie auf die Regierenden Europas machen soll, auf die Dauer nur dann ausüben können, wenn das Proletariat aller Länder das Werk fortsetzt, die Aktion gegen den Krieg in lebendigem Gang erhält, wie es das Manifest des Kongresses von ihm fordert.

Der Reichstag ist zusammengetreten. Der erste Gegenstand seiner Verhandlungen war die sozialdemokratische Feuerungsinterpellation. Die Genossen Scheidemann, Mollenhuth und Südekum haben der Regierung und den Bucherzöllnern tüchtig eingeheizt. Aber Junker, Zentrum und Nationalliberale, die die Mehrheit für die Politik der künstlichen Lebensmittelpreuererung

durch Zölle und Grenzsperr bilden, pfeifen auf die guten Gründe, die gegen diese Politik ins Feld geführt werden. Sie wollen ja gar nicht den darbenenden Massen der Arbeiter, Angestellten, kleinen Beamten und Kleinbürger dienen, sondern sie treiben mit vollem Bewußtsein eine diesen schädliche Politik zu Ruh und Frommen der Großgrundbesitzer und Großbauern. Und der Reichskanzler und der Bundesrat sind ihre allezeit getreuen Helfershelfer. Bethmann Hollweg, Staatssekretär Delbrück, der preussische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer, sie alle versichern den Sprechern der darbenenden Massen, daß all ihr Reden, daß alle Klagen und Beschwerden, daß die beredtesten Nachweise der Not die Regierung nicht bewegen werden, ernstliche Maßregeln gegen das Übel zu ergreifen. Es soll bei den unzureichenden Verordnungen bleiben, die keine wirksame Hilfe bringen können. Und die Mehrheit des Reichstags hat diesen Standpunkt gebilligt und sich zu eigen gemacht. Das neue Reichstagsrecht gestattete diese Feststellung. Nach der neuen Geschäftsordnung, die vornehmlich auf Drängen der Sozialdemokratie zustande kam, können an die Interpellationen Beschlüsse angefügt werden, in denen der Reichstag ausspricht, ob er mit der Haltung der Regierung übereinstimmt oder nicht. Die Sozialdemokraten hatten daher einen Antrag eingebracht, auszusprechen, daß das Parlament nicht mit der Regierung in der Behandlung der Feuerung übereinstimme. Mit 125 gegen 140 Stimmen ist dieser Antrag abgelehnt worden — neun Reichstagsboten haben sich der Stimme enthalten. Es ist mithin nur ein kleiner Teil der Bürgerlichen zu den Abgeordneten der Sozialdemokratie getreten. Außer den Fortschrittler wohl überhaupt keine, und die scheinen auch nicht besonders vollzählig vertreten gewesen zu sein. So also verhält sich die deutsche Volksvertretung, wenn sie angerufen wird zur Hilfe für die große Masse der Bevölkerung.

Der Reichshaushalt für 1913 ist im Entwurf dem Reichstag zugegangen. Er zeigt eine Ausgabe für Heer und Flotte, die eine Milliarde überschreitet. Der Militarismus frißt alle Überschüsse, die das Jahr 1911 ergeben hat. Und trotz dieser gepriesenen Überschüsse kommt das Reich mit den bisherigen Mitteln nicht aus. Auch für 1913 sind wieder Anleihen vorgesehen, davon 12 Millionen für nichtwerbende Zwecke, und auch jetzt findet noch keine Schuldentilgung statt. Die Reichsschuld wächst vielmehr auf über 5 Milliarden an. So geht es in der Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs nach Jahren, die Überschüsse der Einnahmen ergeben haben. Wie wird sich da die glorreiche Finanzreform erst in Jahren des wirtschaftlichen Niederganges bewähren, wenn die Einnahmen sinken!

Die württembergischen Landtagswahlen haben der Sozialdemokratie in den meisten Kreisen des Landes einen starken Stimmenzuwachs gebracht. Der Mandatsergebnis aber entspricht diesem Aufschwung nicht. Bei den Nachwahlen hat das Bündnis der Sozialdemokratie mit der Volkspartei gänzlich verjagt. Die beiden Kreise, in denen die liberalen Wähler für die Sozialdemokratie stimmen sollten, lieferten diese dem Bauernbund aus.

Aus Nordamerika wird der Freispruch der amerikanisch-italienischen Genossen Ettore, Giovanitti und Caruso durch die Geschworenen gemeldet. Ein schändlicher Anschlag der Dollarmagnaten ist damit bereinigt worden. Immerhin ist es bezeichnend, daß sich überhaupt Justizwerkzeuge fanden, die gegen die drei Genossen die hinverbrannte Anklage erhoben, sie hätten den Tod einer Arbeiterin verschuldet, die beim Streik der Textilarbeiter von Lawrence durch einen im Interesse der Unternehmer tätigen Polizisten erschossen wurde. Man wollte die Streikführer und die Arbeiterbewegung treffen. Aber die leidenschaftlichen Protestkundgebungen der amerikanischen Sozialisten, denen sich in den letzten Tagen der internationale Kongreß zu Basel angeschlossen, haben Eindruck gemacht: die Geschworenen weigerten den Dollarkönigen den Pentersdienst. Die Angeklagten haben vor Gericht ihre und der Proletarier Sache ohne Rücksicht auf die Gefahr tapfer vertreten, der Prozeß wird die Arbeiterbewegung fördern, statt sie zu vernichten. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Des Papstes Enzyklika gegen die christlichen Gewerkschaften hat deren Führern scheinbar nur vorübergehende Verlegenheit bereitet. Die jesuitische Rahe fiel wieder einmal auf die Pfoten. Eine Bischofskonferenz, die am Grabe des heiligen Bonifazius in Fulda versammelt war, hat der päpstlichen Gewerkschaftsenzyklika erst die richtige Auslegung gegeben. Ein außerordentlicher christlicher Gewerkschaftskongreß, der schleunigst nach Essen einberufen worden war, griff dann diese Auslegung oder richtiger Umdeutung der Worte des Papstes begierig und dankbar auf. Von dem früheren angedrohten Kampfesmut war auf diesem Kongreß kein Fünkchen mehr zu spüren, die Herde beugte sich de-

mutsvoll unter den Willen ihres Hirten. Wenn überhaupt unter den Gläubigen einige Bedenken gegen die päpstliche Willensäußerung auftauchen konnten, so werden diese gänzlich beseitigt durch jene bischöfliche Auslegung. Es ist äußerst heiter, wie die Bischofskonferenz und in treuer Gemeinschaft mit ihr der christliche Gewerkschaftskongress aus schwarz weiß zu machen versuchen. Unbestreitbar hat doch der Papst erklärt, daß er die interkonfessionellen Gewerkschaften nur dulde, die katholischen Facharbeiter aber anerkenne und lobe. Mit einer halbsbrecherischen, seitlängerischen Logik deuten aber die Bischöfe, soweit sie der Kölner Richtung angehören, und die christlichen Gewerkschaftsführer gerade diese Stellungnahme so um, als ob sie eine Quelle der Freude und des Triumphes für die interkonfessionellen Gewerkschaften sein könnte. Sehet, ihr christlichen Gewerkschaften, so verkünden sie, während wir bisher nicht wußten, ob der Heilige Vater unsere Daseinsberechtigung anerkennt, hat er dieses jetzt ausdrücklich getan; wir sind vom Papste anerkannt, und die Berliner Richtung hat kein Recht, mit Zimbeln und Pokaunen ihren Sieg über uns zu feiern. Die Daseinsberechtigung der christlichen Gewerkschaften sollte aber nicht allein vom religiösen Standpunkt aus durch Verdrehung der Worte des Papstes gerechtfertigt werden, man wollte auch noch ihre soziale und politische Notwendigkeit im Interesse der Besitzenden und Herrschenden beweisen. Daher beschworen die Macher des Gewerkschaftskongresses das rote Gespenst heraus. Die Sozialdemokratie wolle in absehbarer Zeit mit der bürgerlichen Gesellschaft aufräumen. Da das durch den Parlamentarismus nicht möglich sei, bleibe ihr letzten Endes kein anderes Mittel übrig als der politische Massenstreik, den sie seit 1905 unter ihre Kampfeswaffen aufgenommen habe. Solange aber in Deutschland eine christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung existiere, seien derartige finstere Pläne nicht ausführbar. Der wütende Beifall, den dieses Maulaufreißer wider die Sozialdemokratie auslöste, zeigte, daß es wirklich gelungen war, die Aufmerksamkeit der Zuhörer vom wunden Punkte abzulenken. Um die verehete Versammlung in die nötige Bierstimmung gegen die Sozialdemokratie zu versetzen, war vorher schon ein Telegramm an den Kaiser abgesandt worden. Darin erneuerten die versammelten Vertreter von 360 000 christlich-nationalen Arbeitern das Gelöbniß unerschütterlicher Treue und erklärten sich bereit, „für des Vaterlandes Größe und des deutschen Volkes Ehre jederzeit einzutreten“. Diese Erklärung, die eine Gegenäußerung zu den machtvollen proletarischen Friedenskundgebungen sein soll, ist in der jetzigen Zeit der Kriegshebzeiten in dem Munde von Arbeitervertretern geradezu verbrecherisch. Und „Christen“ sieht eine solche Bereitwilligkeit zum Massenmord besonders schön an. Auf dem christlichen Theater in Essen gab's natürlich keinen Widerspruch. Wie bekannt, setzt ja auf diesen Tagungen der Beifall stets ein, wenn die Arrangements auf den Knopf drücken. Es fragt sich nur, ob durch derlei Verdrehungskünste die Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften sich auf die Dauer käuflich und zufriedensstellen lassen. Des weiteren drängt sich die Frage auf: Wird der Papst, wird die Berliner Richtung Ja und Amen zu dem schamlosen Drehen und Deuteln sagen?

Wenn es gegen die Massenbewußten Arbeiter geht, ist den christlichen Führern jedes Mittel und jede Gemeinschaft recht. Seit Jahren wurde in unseren Reihen schon der Plan erwogen, ob nicht eine Volksversicherung von den Gewerkschaften eingerichtet werden sollte, um die unbemittelte Bevölkerung aus den Klauen der privaten Versicherungsgesellschaften zu befreien. Diese hofen durch Lodmittel Millionen an Beiträgen aus Arbeiterkreisen heraus, zahlen unsinnig hohe Direktorengelöhler und sette Dividenden an ihre Aktionäre, wissen sich aber mittels raffiniert abgefahter Verträge um die Erfüllung ihrer Versprechungen herumzudrücken. Jener Plan reißt nun nach langen Vorbereitungen der Ausführung entgegen. Gewerkschaften und Genossenschaften haben eine Volksfürsorge gegründet, die in Kraft treten soll, sobald die Genehmigung des Aufsichtsamtes erfolgt ist. All die vielen Jahre hat die Regierung und haben Vertreter der bürgerlichen Parteien einschließlich der christlichen Gewerkschaftsführer gegen die Volksausplünderung durch die Privatversicherungsgesellschaften nichts getan. Jetzt, da von unserer Seite aus dieser Ausbeutung praktisch entgegengetreten werden soll, entdecken auch jene Kreise ihr Herz für das Volk. Unter Ausfluß der Öffentlichkeit gaben sich Vertreter der Agrarier, der Reichsbundbändler, der Gelben und der Christlichen, 200 an der Zahl, ein holdes Stelldichlein, um eine Gegengründung ins Leben zu rufen. Natürlich durften auch die verbündeten Regierungen bei diesem volksfeindlichen Syndikat nicht fehlen, sie hatten nicht weniger als 32 Vertreter entsandt. Zum Überfluß entschließen sich jetzt, wo ihr Profit in Gefahr

kommt, auch noch die Lebensversicherungen zu einer guten Tat: sie wollen ebenfalls eine solche Versicherung gründen mit einem Einlagekapital von 3 Millionen Mark. Mit unserer Volksfürsorge tun wir einen neuen Schritt auf dem Wege der organisierten Selbsthilfe, und wir wissen noch nicht im voraus, wie stark die Beteiligung an diesem Unternehmen sein wird. So viel glauben wir aber mit Bestimmtheit annehmen zu dürfen, daß in Arbeiterkreisen unsere Einrichtung unzweifelhaft mehr Vertrauen genießen wird als die Gegengründungen der scheinheiligen Arbeiterfreunde. Schon jetzt werden vielfach Agenten der privaten Versicherungsgesellschaften von den Hausfrauen abgewiesen, die nur auf die Volksfürsorge warten. Freilich versuchen die Agenten die Frauen dadurch herumzukriegen, daß sie ihnen vorshowindeln, die Volksfürsorge würde doch nicht genehmigt werden. Die Proletarierinnen sollten den uns zugebachten nichtswürdigen Gegenschlag dadurch vereiteln helfen, daß sie allen Agenten die Türe vor der Nase zumachen.

Daß die Einrichtung der Sicherheitsmänner im Bergbau nur Täuschung für die Arbeiter ist, haben die Bergwerksbesitzer seinerzeit selbst zugegeben. Sie bezeichneten ja zünftig die Reform als „weiße Salbe“. Nunmehr ist es durch einen Zufall gelungen, aus Aktenstücken feststellen zu können, daß die Sicherheitsmänner bei ihrer Tätigkeit auf den Gruben im geheimen überwacht werden. Zu welchem Zwecke, ist unschwer zu erraten. Sicherlich bereiten die Feschenvereine eine Materialsammlung vor, die bei passender Gelegenheit den Behörden eingereicht und gegen die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren verwertet werden soll. In diesen Aktenstücken wird gegen die Sicherheitsmänner schwere Anklage erhoben. Man behauptet darin, daß sie bergbaupolizeiliche Schutzbestimmungen übertreten und auch zulassen, daß dritte dies tun. In einzelnen Beispielen soll nachgewiesen werden, daß der Sicherheitsmann unfähig zur Velleidung seines Amtes sei. Kleine Mängel rügte er, große Gefahren erkannte er nicht; verbotene, betriebsgefährliche Gänge durchging er, Anordnungen des Steigers zur Verhütung von Schlagwettern mißachtete er, dies die geeignete Melodie. So sammelt man hinter dem Rücken der Sicherheitsmänner Material gegen ihr Wirken und erhebt Anklagen gegen sie, ohne daß sie selbst darüber gehört würden. Es ist mehr als merkwürdig, die Unternehmer so um die Befolgung der Schutzbestimmungen besorgt zu sehen, dieselben Unternehmer, die doch nachgewiesenermaßen die Sicherheitsmänner an der Ausübung ihrer unzulänglichen Befugnisse zu hindern suchen. Gut nur, daß dieser neueste heimtückische Schlag gegen die Bergarbeiter frühzeitig aufgedeckt worden ist.

Auf ein 25jähriges Bestehen konnten in der letzten Zeit manche Verbände zurückschauen, die Berliner Buchdrucker aber konnten am 2. Dezember das 50jährige Jubiläum ihres Verbandes feiern. Die Geschichte des Berliner Vereins, der heute 11 000 Mitglieder zählt, ist mit dem Namen Wilhelm Liebknecht eng verknüpft, der den Gedanken des Zusammenschlusses unter den Berliner Buchdruckern in den 60er Jahren eifrig propagierte und eine große Anzahl Vorträge bei ihnen hielt. In dankbarer Erinnerung hatte der Vorstand die Grabstätte Liebknechts geschmückt. An der Jubiläumfeier nahmen drei Gründer des Vereins mit teil und außer Vertretern der Gewerkschaften auch solche der Sozialdemokratie, Partei und Gewerkschaften sind eins, das zeigt auch die Geschichte der Berliner Buchdruckerorganisation. #

Aus der Textilarbeiterbewegung. Die Unternehmer des sächsisch-thüringischen Weberbezirktes sowie der sächsisch-thüringischen Färberkonvention haben das Aussperrungsfièvre. Auf die geringste Forderung der Arbeiter erfolgt jedesmal sofort die Androhung der Aussperrung. Die Färber forderten bei ihrer Bewegung im August und September die 58stündige Arbeitswoche und 15 Prozent Lohnerhöhung. Bis dahin hatte die wöchentliche Arbeitszeit 62 bis 66 Stunden betragen. Die Färberbesitzer bewilligten die Achtundfünfzigstundenswoche, lehnten aber eigentliche Lohnerhöhungen ab. Soweit höhere Löhne gezahlt wurden, brachten diese nur einen Ausgleich für die verkürzte Arbeitszeit. Die Bedingungen der Färberkonvention waren in die Form eines Ultimatum gekleidet. Entweder annehmen — oder Aussperrung wurde den Arbeitern erklärt. Die Färberarbeiter stellten ihre weitergehenden Forderungen zurück und arbeiteten unter Protest weiter. Im September forderten in Gera die Herrenstoffweber Erhöhung ihrer Löhne um 15 Prozent. Bei der Firma Lummer, Bach & Rammingen legten sie die Arbeit nieder, um ihre Forderung durchzusetzen. Die Löhne für buate Herrenstoffe wurden um 5 Prozent erhöht, im übrigen hieß es auch hier für die Arbeiter annehmen — oder ausgesperrt werden. Die Ausständigen nahmen die Arbeit wieder auf, die

Ausperrung wurde vermieden. In den Betrieben der sächsisch-thüringischen Färbereikonvention ist die Aussperrung jetzt aber dennoch zur Tatsache geworden. Die Konvention hat freilich den Anlaß dazu vom Zaune gebrochen. In der Färberei von Fierenfrank & Ehret in Glauchau waren überstunden zu arbeiten. Von 17 Vorappreturarbeitern bekamen 8 für die Überstunde 35 Pf. und 9 Arbeiter 40 Pf. Die ersteren 8 verlangten ebenfalls 40 Pf. Das wurde ihnen verweigert. Entweder für 35 Pf. überstunden arbeiten hieß es — oder Entlassung. Die 8 Arbeiter zogen die Entlassung vor. Die übrigen 9 Arbeiter verweigerten nun ebenfalls die Überstunden und wurden gleichfalls entlassen. So weit, so gut. Die Arbeiter verlangten für ihre Arbeitskraft einen Preis, den der Unternehmer nicht glauben zu können und infolgedessen er den Arbeitsvertrag durch Entlassung der betreffenden Arbeiter löste. Ein Vorkommnis im gewerblichen Arbeitsverhältnis, wie es jährlich tausendfach sich ereignet und dem sonst keine große Bedeutung beigemessen wird. Anders die Färbereikonvention! Diese wollte den Konflikt! Trotzdem die Firma die Leute entlassen hatte, verlangte die Konvention, daß die selben 17 Arbeiter zu den bisherigen Löhnen in ihr altes Arbeitsverhältnis zurückkehren sollten, andernfalls alle der Unternehmerorganisation angehörenden Betriebe am 27. November geschlossen würden. Die 17 Arbeiter lehnten das Ansuchen ab. Darauf erfolgte nachstehende Kriegserklärung der Färbereikonvention:

„Eine Lohndifferenz, die dem Uneingeweihten geringfügig erscheinen mag, bietet uns Veranlassung zu der folgenschweren Entschliebung, die Aussperrung unserer sämtlichen Arbeiter anzukündigen. Sieben Vorappreturarbeiter der Firma Fierenfrank & Ehret in Glauchau haben sich geweigert, die Überstunden zu dem für die betreffenden Arbeiter (die den niedrigsten Lohnsatz beziehen) festgesetzten Tarif von 35 Pf. pro Überstunde zu leisten und haben 40 Pf. pro Überstunde gefordert. Wegen dieser Verweigerung der Überstunden sind jene sieben Arbeiter entlassen worden. Nunmehr haben sich die anderen sozialdemokratisch organisierten Vorappreturarbeiter, die 40 Pf. Überstundenlohn beziehen, mit den Entlassenen solidarisch erklärt und die Leistung von Überstunden überhaupt verweigert. Deshalb sind auch diese Arbeiter entlassen worden. Aus diesem Grunde wird von dem Deutschen Textilarbeiterverband über die Firma Fierenfrank & Ehret die Sperre verhängt. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband hat schon längst aus Kassenrückichten die Zahl der Inszenierung größerer Streiks unterlassen. Schon seit Jahren werden wir durch kleine Lohnbewegungen in der unerträglichsten Weise beunruhigt. Bald in diesem, bald in jenem Betrieb macht eine kleine Gruppe von Arbeitern Lohnforderungen geltend und macht von deren Bewilligung die Weiterarbeit abhängig. Diese kleine Gruppe ist ausnahmslos in der Lage, den ganzen Organismus des betreffenden Betriebs lahmzulegen. Man nimmt eben ein Mädchen aus der Maschine, um diese zum Stillstand zu bringen. Wird die betreffende Forderung bewilligt, dann wird sie von den Arbeitern der anderen Konventionbetriebe gleichfalls eingereicht, und es bleibt uns dann nichts weiter übrig, als auf der ganzen Linie zu bewilligen. Jeder Verständige weiß, daß es nicht bloß von unserem guten Willen, von unserer Gutmütigkeit abhängt, ob wir Arbeiterforderungen bewilligen oder nicht. Wir haben im August und September dieses Jahres durch die Einführung der 58stündigen Arbeitswoche und durch Lohnerhöhungen unseren Arbeitern Konzessionen gemacht, an denen wir schwerer zu tragen haben, als wir damals zu übersehen vermochten. Wir können die Mindestlöhne für die Überstunden, die jedem Betrieb ohnehin verlustbringend sind, die wir nicht vermeiden können, weil wir ein Saisongeschäft haben und von der unregelmäßigen Zuteilung der Ausrüstungsaufträge abhängig sind, nicht mehr erhöhen. Die Arbeiterführer versetzen sich darauf, daß in beiden Meccaner Betrieben und in einem Greizer Betrieb schon 40 Pf. für die Überstunden gezahlt werden. Wir haben diese Ausnahmen, die zu einer Zeit eingeführt worden waren, als unser Zusammenschluß einmal eine Trübung erfahren hatte, beibehalten lassen. Nunmehr ist das Maß der fortgesetzten Beunruhigung unserer Betriebe, unter der auch unsere Auftraggeber zu leiden haben, voll. Wenn wir unser Konventionsmitgliedern schenken wollen, so gibt es keinen anderen Weg, als zur Aussperrung zu schreiten. Wir sind zum äußersten Durchhalten entschlossen, da wir unsere Nachsichtigkeit nicht länger mißbrauchen lassen können.“

Greiz, 23. November 1912.

Konvention sächsisch-thüringischer Färbereien.“

Die Färbereikonvention ist nervös geworden, weil der Deutsche Textilarbeiterverband die Sperre über den Betrieb von Fierenfrank & Ehret verhängt hat. Bei einer so rigorosen Entlassung von Arbeitern, wie sie die gesperrte Firma vorgenommen hat, was das

aber nicht nur das gute Recht, sondern geradezu die Pflicht einer Arbeiterorganisation. Von der Aussperrung werden betroffen die Orte Gera, Glauchau, Greiz, Meerane, Mohlsdorf, Mhlau, Neßschau, Reichenbach i. B. und Weida mit 29 Betrieben und ungefähr 8000 Beschäftigten. Am 27. und 28. November haben in diesen Orten überfüllte Versammlungen der Färbereiarbeiter stattgefunden. In allen Versammlungen wurde das Treiben der „Konvention“ gegeißelt. An die Nichtorganisierten erging der Ruf, dem Verband beizutreten, und es wurde ihnen Unterstützung für den Kampf zugesichert. Werden die Färbereiarbeiter dem Rufe folgen? Wir hoffen es. Die scharfmacherischen Bestrebungen der Unternehmer müssen ihnen die Augen öffnen. Wenn die Färbereiarbeiter auch jetzt die Stunde nicht verstehen, wenn sie auch jetzt noch glauben, ohne Organisation auskommen zu können, dann ist ihnen in absehbarer Zeit überhaupt nicht zu helfen.

Genossenschaftliche Rundschau.

Am 25. November fand in Hamburg ein außerordentlicher Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine statt, der sich mit wichtigen Änderungen im Organisationswesen zu befassen hatte. Die Grundsätze dafür hatte schon der letzte ordentliche Genossenschaftstag in Berlin beschlossen. Nun galt es, die neuen Formen durch Ergänzung und wesentliche Veränderung des Statuts des Zentralverbandes zu schaffen. Die Tagung hatte ein Vorspiel, zu dem der Generalsekretär Kaufmann die Veranlassung gegeben hatte. Dieser hatte einer bekannten sozialdemokratischen Kongresskorrespondenz auf das Ersuchen nach einer Eintrittskarte mitgeteilt, daß die Verhandlungen nicht öffentlich wären und auch die Presse nicht zugelassen werden würde. Der „Vorwärts“ hatte ob dieses sonderbaren Verfahrens gegenüber der Parteipresse Lärm gemacht und dabei auch gerügt, daß die Verlagsanstalt des Zentralverbandes Mitglied des arbeiterfeindlichen Buchdruckervereins (Unternehmerverband) ist. Der betreffende Artikel hat in Hamburg sehr ins Kontor geschlagen. Vorstand und Ausschuß des Zentralverbandes beschäftigten sich kurz vor dem Genossenschaftstag mit der Sache, und in ihrem Namen gab Lorenz-Hamburg, Mitglied des Ausschusses, die Erklärung ab, daß ein Mißverständnis vorliege und daß grundsätzlich beschlossen worden sei, in Zukunft alle Genossenschaftstage öffentlich abzuhalten, wie es ja auch bisher der Brauch war. Um aber den Rückzug zu bedenken, regte man sich mehr als nötig über die Form des „Vorwärts“-artikels auf. Das „Mißverständnis“ stellte Lorenz sodar, daß man, da die Presse nicht eingeladen worden wäre, auch die Vertreter von Korrespondenzen nicht habe zulassen dürfen. Der Kongress sei auch nicht so wichtig, daß die Presse zugegen sein müsse. Diese rührende Fürsorge für die Presse ist überflüssig; man kann es ihr in Hamburg ruhig selbst überlassen, ob sie berichten will oder nicht. Das wurde denn auch mit aller Schärfe ausgesprochen, und von Dresdener Vertretern wurde beantragt, formell die Öffentlichkeit für den außerordentlichen Genossenschaftstag herzustellen. Da aber die Leitung erklärte, daß die Tagung sowieso öffentlich sei, wurde der Antrag zurückgezogen. Jetzt ließ man einen Berichterstatter des „Hamburger Echo“ holen, den man kurz zuvor am Eingang erst abgewiesen hatte! Die Debatte über dieses Vorspiel dauerte anderthalb Stunden, und das Ergebnis war eine saftige Blamage für die Leitung des Zentralverbandes. Daran ändert auch der giftgeschwollene Artikel eines Herrn Kesch nichts, der in Nr. 48 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ gegen den „Vorwärts“ losgelassen wird. Sonderbar muß die Auffassung berühren, daß wichtige Vorgänge im Organisationsleben der Konsumvereine kein weiteres öffentliches Interesse hätten. Sind denn die anderthalb Millionen Mitglieder der Konsumvereine nicht wert, durch die Tagespresse darüber unterrichtet zu werden?

Auch der Verlauf des außerordentlichen Genossenschaftstages zeigte, daß die Erledigung der Tagesordnung keineswegs als eine rein formale Angelegenheit angesehen wurde, wie man es sich in der Leitung des Zentralverbandes wohl gedacht und gewünscht hatte. Es gab vielmehr lebhafteste Debatten, wie sie seit Gründung des Zentralverbandes noch kein Genossenschaftstag hatte. Um einige Änderungsanträge wurde leidenschaftlich gestritten, und es kam unverkennbar eine scharfe Opposition gegen allzugroße Autokratie in der Verwaltung zum Ausdruck. So wollten verschiedene Anträge mit dem System des Stimmrechtes der Vereine brechen, das bei der wachsenden Größe der Bewegung zu ganz unhaltbaren Verhältnissen und zu einem schweren Unrecht gegen die großen Vereine führt. Jetzt hat der kleinste Verein mit einigen

hundert Mitgliedern ebenso gut eine Stimme wie die großen Vereine mit 50 000 bis 60 000 Mitgliedern. Die großen Vereine können zwar so viel Delegierte entsenden wie sie wollen, so daß die Genossenschaftstage zu stark besucht — der letzte Berliner zählte über 1100 Delegierte — und infolgedessen verhandlungsunfähig werden. Stimmen kann aber nur einer. Die stimmberechtigten Delegierten sitzen in der großen Masse Menschen verteilt, und viele vermögen den Verhandlungen beim besten Willen nicht zu folgen. Dieser Zustand ist ja günstig für die Verbandsleitung, die so eher ihre Absichten durchdrücken kann, der Würde der Sache entspricht er aber so wenig wie dem demokratischen Prinzip. Ein Antrag aus Dresden wollte, daß die Zahl der Delegierten nach der Größe des Vereins bemessen wird, ohne die kleinen Vereine durch die Zahl zu majorisieren, und daß jeder Delegierte Stimmrecht hat. Die Abstimmung über dieses Prinzip fand nicht die erforderliche Dreiviertelmehrheit, und damit waren alle dahingehenden Anträge abgelehnt. Sie wurden jedoch dem künftigen Generalrat als Material überwiesen. Man kann nur wünschen, daß die Vertreter kleiner Vereine bald zu der Einsicht kommen, daß es so nicht weitergehen kann. Es gibt keine Zentralorganisation in der deutschen Arbeiterbewegung mit derartigen Zuständen.

Stark umstritten war auch der Vorschlag über die Zusammensetzung des ganz neu zu bildenden Generalrats, der aus etwa 120 Vertretern bestehen wird und eine Mittelinstanz zwischen Vorstand und Ausschuss und Genossenschaftstag bildet. Dieser Generalrat erhält wichtige Funktionen, die dem Genossenschaftstag entzogen werden. Seine Zusammensetzung ist deshalb von großer Bedeutung. Er soll bestehen aus den Vorständen, Aufsichtsräten und Sekretären der Unterverbände und der Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg. Die noch fehlenden Personen werden auf den Unterverbandstagen gewählt. Das werden aber nur sehr wenige sein, ein Antrag aus Dresden wollte daher das Wahlrecht der Unterverbandstage erweitern. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Dabei kam es zu einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte, da der Vorsitzende stets über die Vorstandsvorlage, aber nicht über die Abänderungsanträge abstimmen ließ. Das hat offenbar zu Mißverständnissen geführt, wie aus nachträglichen Äußerungen von Delegierten hervorging. Es wurde der Kongreßleitung gesagt, daß ein derartiges Verfahren allen parlamentarischen Grundsätzen Hohn spricht, mit denen der Vorsitzende überhaupt nicht sonderlich vertraut zu sein schien. Endlich gab er nach und ließ in der Folge über Änderungsanträge abstimmen. Da änderte sich auch das Bild etwas zugunsten der Antragsteller. So wurde ein Antrag angenommen, nach dem bei divergierenden Beschlüssen des Ausschusses und Vorstandes und des Generalrats der Genossenschaftstag zu entscheiden hat. Vorge schlagen war, daß sich in solchen Fällen die genannten Körperschaften zu — einigen hätten. Damit sollte der Zentralverbandsleitung ein Übergewicht über den Generalrat gegeben und der Genossenschaftstag ausgeschaltet werden. Das ist nun durch Annahme des Dresdener Antrags vereitelt. Die übrigen Vorgänge interessieren an dieser Stelle weniger. Sie mühten, um verständlich zu sein, ausführlich besprochen werden. Bemerk sei noch, daß die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ einen Bericht über den außerordentlichen Genossenschaftstag veröffentlicht, der die Kritiken entweder ganz verschweigt oder doch stark abschwächt. Dieser Bericht liefert den besten Beweis, wie nötig eine Vertretung der Parteipresse gewesen wäre. Wir können den Mitgliedern der Konsumvereine und unseren Genossen in den Vorständen und Aufsichtsräten nur dringend empfehlen, diesen Vorgängen die gebührende Beachtung zu schenken. Leider scheint in Kreisen der Vorstandsmitglieder bereits eine Stimmung der Wurstigkeit eingetriffen zu sein. Man macht mit, was von oben angeordnet wird. Man will seine Ruhe haben. Diese Stimmung muß bekämpft werden! Denn es scheint manches gar sehr der Kritik zu bedürfen.

In Sachsen ist kürzlich in der Zweiten Kammer des Landtags eine wichtige Entscheidung über die Umsatzsteuer gefallen. Seit circa 15 Jahren steht diese ungerechte Steuer in Sachsen auf der Tagesordnung; durch eine ministerielle Verordnung wurde den Gemeinden das Recht gegeben, die Umsatzsteuer einzuführen. Nun kam es so, daß in allen Gemeinden, wo man davon Gebrauch machte, fast nur die Konsumvereine von dieser Sondersteuer betroffen wurden. Das war ja auch der Zweck der Abung. Die Umsatzsteuer ist in Sachsen von vornherein wegen der Arbeiterkonsumvereine eingeführt worden und gegen sie gerichtet gewesen. Der scharfe Kampf, den letztere dagegen geführt haben, und ihre Aufdeckung des Wesens der Umsatzsteuer haben diese mit der Zeit aber auch in weiteren bürgerlichen Kreisen unpopulär gemacht und die Wissenschaft sprach sich einmütig gegen sie aus. So

kam es, daß auch in den Gemeinderäten der Eifer abließ, was die Mittelständler natürlich nicht gern sahen. Sie bohrten nun an der Regierung um die obligatorische landesgesetzliche Umsatzsteuer. Eine solche wurde aber trotz großer Aktionen entschieden abgelehnt. Nun legte die Regierung dem Landtag ein Gesetz über eine Gemeindesteuerreform vor, in das die fakultative Umsatzsteuer, also der jetzige Zustand aufgenommen war. Außerdem sollen die Gemeinden das Recht haben, bei gewissen Großfirmen des Detailhandels 10 Prozent des Umsatzes als Reingewinn zu besteuern, auch wenn so viel Reingewinn nicht erzielt wurde. Nach langen Vorberatungen in der Kommission hat die Zweite Kammer gegen die Stimmen der Konservativen beschlossen, die rohe Umsatzsteuer überhaupt zu verbieten und das zu versteuernde angenommene Einkommen von 10 auf 6 Prozent des Umsatzes herabzusetzen. Die Mittelständler sind natürlich wütend. Unsere Genossen im Landtag haben eifrig und ausschlaggebend an diesen Beschlüssen mitgewirkt. Werden sie Gesetz, dann sind die Konsumvereine endlich die Pladerei mit der Umsatzsteuer los. Die Regierung dürfte mit dieser Entscheidung einverstanden sein, während die erste Kammer vorläufig noch an der Regierungsvorlage festhält.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hatte am 30. Juni 1912, wie der Geschäftsbericht feststellt, 56678 Mitglieder. Das sind 18265 mehr als im Vorjahr. Die starke Zunahme beruht jedoch nicht auf der Einberleiung von drei Vereinen der Umgebung. Der Umsatz betrug circa 11 1/2 Millionen. Das ist wenig im Verhältnis zur Mitgliederzahl, und ist auch nur teilweise daraus zu erklären, daß viel Eintritte zu verzeichnen sind. Denn es haben nur 36431 Mitglieder Waren entnommen. Im übrigen ist diese Genossenschaft in rascher Entwicklung begriffen. Näheres darüber wurde an dieser Stelle schon früher einmal gesagt.

Der Leitende Ausschuss des Internationalen Genossenschaftsbundes nahm folgende Resolution an: „Im Hinblick auf den Krieg, der im Osten Europas tobt, und auf den Ernst der durch den Krieg geschaffenen Lage erinnert der Leitende Ausschuss des Internationalen Genossenschaftsbundes die Genossenschaftler aller Länder daran, daß der Völkerverfrieden eines der Grundprinzipien des Genossenschaftswesens ist. Der Leitende Ausschuss spricht im Namen der Genossenschaftler die Hoffnung aus, daß der Krieg nicht auf andere Mächte übergreife und daß Friede und Ordnung bald wieder in den vom Kriege heimgesuchten Ländern einkehren möge. Die Genossenschaftler in allen Ländern sind dringend ersucht, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um den Frieden und die Eintracht zwischen den Völkern der Welt zu sichern und aufrechtzuerhalten.“ Diese Meinungsäußerung ist gewiß zu billigen. Ausdrücken können die Genossenschaften aber wenig in der Sache. Hier müssen die Kampforganisationen der Arbeiterklasse eingreifen.

H. F.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Annehmlichkeiten des Dienstbotenlebens. Daß die „Herrschaften“ Hausangestellte immer noch mehr oder weniger als Sklaven ansehen, bewiesen zwei Gerichtsverhandlungen im Herzogtum Braunschweig. Bei dem Café- und Pensionsinhaber A. in Harzburg war das Hausmädchen B. im Dienst. Da die Arbeitszeit nicht selten von 5 Uhr morgens bis 11 Uhr abends dauerte, so kam Fräulein B. so herunter, daß sie gezwungen war, sich in ärztliche Behandlung zu begeben. Auf Anraten des Arztes mußte sie wegen allgemeiner Erschöpfung und Schwäche im Interesse ihrer Gesundheit den Dienst sofort verlassen. Die Dienstherrschaft sah aber den Zustand des Mädchens nicht als genügenden Grund zum Dienstaustritt an. Sie zog Fräulein B. 12,50 Mk. am Lohn ab und behielt außerdem sämtliche Kleidungsstücke des Mädchens zurück als Schadenersatz, weil nur „böswillige Austrittsgründe“ vorlägen. Eine Aufforderung des Arbeitersekretariats in Braunschweig an die Dienstherrschaft zur Herausgabe der Sachen und Auszahlung des Lohns fruchtete nichts. Es mußte das Amtsgericht in Harzburg angerufen werden. Vor Gericht wurde durch Zeugen und durch ein Attest des behandelnden Arztes die Erwerbsunfähigkeit des Mädchens einwandfrei bewiesen. Das Gericht erkannte daher den sofortigen Dienstaustritt als berechtigt an und verurteilte die Herrschaft zur Herausgabe der Sachen und zur Lohnauszahlung. Leider ist die Gerichtskostenrechnung die einzige Strafe, die die Herrschaft für ihre Ausbeutung, ihre Gesundheitschädigung und ihr rechtswidriges Vorgehen erhalten hat.

Ein anderer Fall. Das 17jährige Dienstmädchen R. in Braunschweig mußte von ihrem Dienstherrn, dem Photograph Christian

sen, nicht nur Diebstahlsverdächtigungen, sondern auch körperliche Mißhandlungen erdulden. Die Armut war von einem andern Hausmädchen bei ihrem Dienstherrn verdächtigt worden, ihr eine Bluse entwendet zu haben. Vergebens beteuerte sie ihre Unschuld. Herr Christiansen bezichtigte sie sogar noch anderer Diebstähle! In ihrer Not schrieb Fräulein R. an ihre Mutter und flehte sie um Schutz an. Als dies ihr Dienstherr erfuhr, schlug er sie aufs grausamste mit einem Ausklopper und warf sie dann aufs Bett mit den Worten: „Das Vieß muß da liegen bleiben.“ Ein Arzt stellte noch 2 Tage nach der Mißhandlung fest, daß der Rücken des Mädchens verschiedene zweimarkstückgroße, rote, blutige Flecke hatte. Einige Zeugen befundeten vor dem Schöffengericht in Braunschweig, daß sie das Schlagen des Dienstherrn und die Hilfeschreie des Mädchens gehört hätten. Auch die Äußerung des Dienstherrn wurde vor Gericht erhärtet, daß er „einen Taler für diese Mißhandlung noch bezahlen könne.“ Die Diebstahlsbeschuldigungen wurden vor Gericht widerlegt. Die angeblich gestohlene Bluse hatte sich auf dem Schrank ihrer Besitzerin vorgefunden. Trotzdem das Urteil feststellte, daß die Behandlung des Mädchens brutal und barbarisch gewesen ist, brachte es dem Dienstherrn nur 30 Mk. Geldstrafe. Die 10 Taler werden den Verleumdern und Mählern wenig schmerzen.

Solange die Hausangestellten nicht stark organisiert sind, werden sie ihr Recht und ihre Menschewürde bestenfalls vor bürgerlichen Gerichten verteidigen müssen, wo die Urteilsfällenden sich mit den Ausbeutern und Peinigern der Mädchen zu sehr eins fühlen, als daß sie deren Ungerechtigkeiten und Barbareien hinlänglich sühnen könnten. Und wieviel Ungerechtigkeiten, Mißhandlungen, Verletzungen ihres Menschentums müssen tagtäglich Hausangestellte erdulden, ohne daß sie auch nur das dürftige Recht bürgerlicher Gerichte suchen und finden.

R. V.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Aus den Vereinigten Staaten. Die Entwicklung der sozialistischen Frauenbewegung ist in allen Ländern aufs engste mit den Fortschritten der allgemeinen sozialistischen Bewegung verbunden. Es ist daher eine feste Bürgschaft für den Erfolg des Werkes, dem unsere Genossinnen in den Vereinigten Staaten ihre ganze Kraft widmen, daß auch die bisher rückständige Arbeitererschaft dieses großen Landes endlich Klassenbewußt wird. Der Beweis dafür sind die sieben stattgefundenen Wahlen. Aus allen Teilen des Landes laufen günstige Berichte ein und melden eine starke Zunahme der sozialistischen Stimmen. Allem Anschein nach wird ihre Gesamtzahl eine Million noch überschreiten. In Kalifornien hat sich die sozialistische Stimmengahl in zwei Jahren beinahe verdoppelt; in Illinois ist sie um das Dreifache größer als vor zwei Jahren. Die Tatsache des starken Erfolges ist um so erfreulicher, als die bei den heurigen Wahlen für unsere Partei abgegebenen Stimmen von wirklich sozialistischen Wählern abgegeben worden sind. In anderen Jahren rührte ein Teil der Stimmen für die sozialistischen Kandidaten von fortschrittlich gesinnten Wählern her, die aus Unzufriedenheit mit den alten Parteien uns ihre Stimme gaben. Diesmal aber haben alle jene unklaren Elemente für die neue Fortschrittspartei Roosevelts gestimmt. Die für Debs' abgegebene Million Stimmen sind also echt sozialistische und bedeuten einen großen, dauernden Fortschritt.

Meta L. Stern, New York.

Frauenstimmrecht.

Von der Generalversammlung des Preussischen Landesverbandes für Frauenstimmrecht. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit hielt der Preussische Landesverband für Frauenstimmrecht seine Generalversammlung ab, auf der seine Begründerin und langjährige Leiterin Minna Cauer — wie es seit der berühmten Weimarer Weiratsföhung bekannt geworden war — ihr Amt niederlegen wollte. Schon lange vor Beginn der Sitzung surrte und brodelte es im Saale wie in einem Regentessel. Einige der Mitglieder des Verbandes waren erschienen, die acht Tage vor der Generalversammlung ihren Austritt aus der Organisation erklärt hatten, weil sie die Schwelung nach rechts nicht mitmachen wollten.

Der Auftakt zur Reaktion und Persektion im Verband wurde von Fräulein Lischnewskaja gespielt, die sich als Wortwart aufspangte, den Ausgeschiedenen den Eintritt zu verwehren suchte und ihnen zurief: „Hinaus, hinaus, Sie haben hier nichts mehr verloren!“ — „Wer hat Sie hier als Hausrecht aufgestellt?“ klang die Erwiderung. Der Sache wegen machte die liberale Frau sich stark und amtierte unentwegt weiter, allerdings erfolglos. Alle Mitglieder mit grauen Köpfen, junger Nachwuchs mit blonden

Böpsen, Titusköpfe und Modestaturen, alles rauschte erregt herein, und Pleureusen in allen Farben wippten grüßend. Nischstäschchen wurden geschwungen, langstielige Vornetten blinkten aus den Reihen, und ein Geschwirr von Stimmen erregte das Gekirr von Schwertern, die leise erprobt wurden. „Sind Sie schon delegiert?“ — „Vertreten Sie Marburg?“ So klang es von links. „Wie kann sich ein Mensch so prinzip-eigenfönnig benehmen?“ — „Nein, sie muß sich ducken lernen, so alt sie ist!“ — „Ja, es ist nicht so leicht, solch eine Königin zu entthronen, aber es muß sein, es muß sein!“ So klang es von rechts. Dann plötzlich ein allgemeiner Wirtwar. Alle springen von den Plätzen. Der Saal reicht nicht aus! Umzug in einen größeren Saal. Und dann, als endlich alle saßen und das Geschwirr der Stimmen wieder tosend eingefetzt hatte, trat eine seltsame Ruhe ein. Frau Cauer war erschienen. Man mag zu ihr stehen, wie man will, daß sie himmelhoch über dieser tagenden Gesellschaft stand, das mußte jedem einleuchten. Ruhig und lächelnd schritt sie auf das Podium und eröffnete vor all den politischen Kindern, denen sie das Gehen beigebracht hatte, im Auftrag des „Preussischen Landesverbandes für Frauenstimmrecht“ die Generalversammlung. Sofort tönte ihr der Ruf: „Zur Geschäftsordnung!“ entgegen. Und eine Stimme aus der Delegiertenreihe beantragte: „Ausschluß der Öffentlichkeit!“ — „Wir haben hier stets in voller Öffentlichkeit getagt,“ erwiderte Frau Cauer, „und ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir nichts zu verheimlichen haben. Selbstverständlich hat die Versammlung zu entscheiden, Doch mache ich darauf aufmerksam, daß ich nur sachliche Momente in meinem Referat geben werde, historische Punkte, die niemand außer mir wissen kann und kennt, daß ich klarlegen werde, was war und was ist; die Dinge, wie sie waren, wie sie sind. Die paar ehemaligen Mitglieder werden sicher meinem Wunsche nachkommen und die Verhandlungen nicht erschweren. Den Ausschluß der Öffentlichkeit würde ich bedauern!“ Da sprang die betriebsame Frau Adele Schreiber-Krieger ins Gefecht, dieses Kräutlein auf allen Suppen: „Das ist nicht wahr, wir haben schon einmal hinter verschlossenen Türen getagt. Hier findet kein Schauspiel statt! Das sensationslüsterne Sonntagvormittagspublikum braucht hier nicht auf seine Kosten zu kommen!“ — „Pfui!“ scholl es aus den Reihen der Anwesenden. Noch einmal nahm die greise Führerin das Wort und plädierte für die Öffentlichkeit, Sensationspublikum sei nicht vorhanden, es sei nicht nur ein Schritt, der Deutschland anginge, sondern die ganze Welt, der hier getau würde, und auch die Ausgeschiedenen hätten das Recht, einen klaren Überblick zu bekommen! Nun griff Fräulein Lischnewskaja ein: „Die Ehre“ des Verbandes erheische den Ausschluß. Nur die im Verband Geblichen hielten die Sache hoch!“ (Abwarten und Tee trinken!) Ein Fräulein Meichel erklärte logisch: „Wenn Sie die Öffentlichkeit hier ausschließen, bleibt sie denn deshalb ausgeschlossen?“ Schallendes Gelächter quittierte den Sieb. Dann kam die Abstimmung. Der Ausschluß wurde beschloffen entgegen dem Wunsch der wegen ihres Eintretens für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht „entthronten“ Führerin. Ein Pressevertreter fragte, ob sich der Ausschluß auch auf die Presse bezöge. „Ja,“ erklärte Frau Cauer, „aber ich lege Wert darauf, daß die Presse allerorten konstatiert, daß es gegen meinen Willen geschehen ist.“ — „Nun ist das ‚freie Volk‘ für sich allein!“ riefen die abziehenden ehemaligen ehrlich-demokratischen Mitglieder mit Bezugnahme auf das im Saale herumfliegende Hättchen der „Demokratischen Vereinigung“. In der geschlossenen Generalversammlung ist Frau Cauer in aller Form von dem Vorstiz zurückgetreten, an ihre Stelle wurde Frau Deutsch gewählt. Suum cuique, jedem das Seine! Frau Deutsch die Führung in einer Organisation, die mit der Preisgabe ihres wichtigsten Programmpunktes den Verrat des allgemeinen Wahlrechts vorbereitet.

I. K. Eine riesige Demonstration für das Frauenstimmrecht. Die großartigste Demonstration für das Frauenstimmrecht, die in der Neuen Welt je abgehalten worden ist, fand am Abend des 9. November in New York statt. Zu Ehren der vier Staaten, die das Frauenstimmrecht kürzlich eingeführt haben, und zum Protest gegen jene Staaten, in denen noch die Frauen politisch rechtlos sind, zogen dreißigtausend Frauen und Männer mit leuchtenden Fackeln und bunten Laternen, mit wehenden Bannern und wirkungsvollen Transparenten durch die Großstadt. Nach dem Schlusse der Parade hielten sie Duende von Versammlungen auf öffentlichen Plätzen und in den Straßen ab und fanden eine begeisterte Zuhörerschaft. „Die Männerliga für Frauenstimmrecht“, eine Organisation, die über die ganzen Vereinigten Staaten verbreitet ist, hatte die Demonstration veranstaltet, aber sämtliche Vereinigungen, die das volle Bürgerrecht des weiblichen Geschlechts erstreben, sowohl die der bürgerlichen Frauen wie die

der Arbeiterinnen waren dabei vertreten und — was weit wichtiger ist — auch sämtliche politischen Parteien. Während des verflochtenen Jahres haben sich nämlich im Staate New York sämtliche politischen Parteien zugunsten des Frauenstimmrechts erklärt. So befand sich denn auch William Sulzer, der neu erwählte Gouverneur dieses Staates, in den Reihen der Marschierenden. Künstlich gestaltete symbolische Gruppen auf Wagen verliehen dem Zuge ein feierliches Gepräge. Die Länder, in denen die Geschlechter jetzt politisch gleichberechtigt sind, wurden im Zuge bildlich dargestellt, die zehn Staaten unserer Union durch weiß gekleidete Frauen in römischen Wagen, die europäischen und australischen durch Männer und Frauen in Nationaltracht, mit den Fahnen und Wappen ihrer Heimat. Zwei Chinesinnen in farbenreichem Kostüm mahnten daran, daß selbst in der jungen chinesischen Republik Frauen mehr politische Rechte haben als im Staate New York. Auch die sozialistische Partei der Stadt New York war offiziell an der Demonstration beteiligt, und über 2000 Männer und Frauen marschierten mit ihrer Gruppe. Durch die roten Banner und die sozialistischen Inschriften der Transparente wie durch ihre roten Schärpen unterschieden sich die Demonstranten dieser Gruppe von allen anderen Teilnehmern. Auch eine Schar sozialistischer Kinder marschierte mit der Gruppe. Sie trugen ein mit roten Schleifen und Bändern geschmücktes Transparent mit der Aufschrift: Der Sozialismus sagt uns: Hinaus aus Fabriken und Werkstätten! Hinein in die Schulhäuser und auf die Spielplätze! Genosse Russell, kürzlich Kandidat unserer Partei für das Gouvernement des Staates New York, führte die sozialistische Gruppe. Auf dem Union Square, wo sich der Zug auflöste, hielten die Sozialisten mehrere große Versammlungen ab, in denen tüchtige Redner und Rednerinnen im sozialistischen Sinne und besonders im Namen der arbeitenden Frauen das Stimmrecht forderten. Der „New York Call“, unser tägliches Organ in englischer Sprache, hatte zu der Veranstaltung eine Spezialnummer herausgegeben. Den Sozialisten wurde durch diese Demonstration eine vorzügliche Gelegenheit zur Agitation geboten, und wir haben sie gründlich ausgenutzt.

Meta L. Stern, New York.

I. K. Einführung des Frauenstimmrechts in vier weiteren Staaten der nordamerikanischen Union. Die Sache des Frauenrechts kann einen guten Erfolg verzeichnen. Vier weitere Staaten der Union führen das volle, unbefränkte Stimmrecht für alle weiblichen Bürger ein: nämlich Arizona, Kansas, Michigan und Oregon. In diesen Staaten nahmen die gesetzgebenden Körperschaften bereits im vorigen Frühjahr oder Winter Beschlüsse an, durch die die Konstitutionen behufs Einführung des Frauenstimmrechts abgeändert werden sollten. Die Frage mußte daraufhin noch den Wählern zur Abstimmung vorgelegt werden, und es ist ein erfreuliches Zeichen des Fortschritts, daß die Reform in allen vier Staaten mit starken Mehrheiten zur Annahme gelangte. Wisconsin ist der einzige Staat, in dem die vorliegende Verfassungsänderung zugunsten des Frauenstimmrechts in der Abstimmung niedergestimmt wurde. Hier wird die Agitation für das Bürgerrecht der Frau sofort wieder einsetzen und hoffentlich nicht ergebnislos bleiben. In allen Staaten, wo die Frage des Frauenstimmrechts zur Entscheidung stand, haben unsere Genossen und Genossinnen eifrig für die Sache des weiblichen Geschlechts agitiert. Sozialistische Redner und Rednerinnen wirkten überall, und sozialistische Flugschriften, die die Frauenfrage behandelten, wurden in Tausenden von Exemplaren verbreitet. Einige bürgerliche Frauenrechtlerinnen ließen sozialistische Flugschriften sogar unmittelbar von der nationalen Geschäftsstelle unserer Partei in Chicago kommen. Die sozialistische Presse ist selbstverständlich überall mit ganzer Kraft für die Einführung des Frauenstimmrechts eingetreten. Die nächste Aufgabe der Sozialistischen Partei wird nun sein, in jenen 10 Staaten, in denen das weibliche Geschlecht volles Bürgerrecht errungen hat, eine viel regere Agitation als bisher unter den Frauen des arbeitenden Volkes zu betreiben. Die politische Befreiung der Frau in allen Staaten der Union ist nur noch eine Frage der Zeit, es gilt die Proletarierin zum Kampfe für ihre ökonomische, ihre volle soziale Befreiung zu rufen und zu schulen.

Meta L. Stern, New York.

Wir fügen dieser Korrespondenz die Namen der sechs anderen Staaten hinzu, in denen gleiches politisches Recht für beide Geschlechter besteht. Das Frauenwahlrecht wurde 1869 in Wyoming eingeführt, 1893 in Colorado, 1896 in Utah und in Idaho, 1910 in Washington und 1911 in Californien.

Vom Kampfe der englischen Suffragetten. Die Taktik der Propaganda der Tat, wie sie von den Suffragetten durch Scheitern-

zertrümmern, Verprügelung von Polizisten und Gewalttätigkeiten gegen Minister befolgt wird, hat bis jetzt der Frauenstimmrechtsache keine Erfolge gebracht. Im Gegenteil: sie hat ihr manches Wohlwollen entfremdet, und Zersplitterung in die Reihen der kämpfenden Frauenrechtlerinnen selbst getragen. So haben sich Herr und Frau Pethick-Lawrence zurückgezogen, weil sie die beliebten Methoden des Kampfes nicht mehr zu billigen vermochten. Mit den beiden haben die Suffragetten außerordentlich rührige und opferfreudige Freunde des Frauenstimmrechts verloren. Wirksamer als alle Kämpfe dürfte sich der große Propagandamarsch erweisen, den die Suffragetten von Edinburgh nach London unternommen haben. Sein Zweck war, die Bewohner des Landes über das Frauenstimmrecht aufzuklären. Die Suffragetten haben die 640 Kilometer lange Wegstrecke zu Fuß in fünf Wochen zurückgelegt, jede Gelegenheit benutzend, um ihrer Forderung Anhänger zu werben. Am 16. November marschierten sie in geschlossenem Zuge in London ein, alle in dunkelbraunen Khaki gekleidet, mit papageigrünen Bändern am Arme und einer gleichfarbigen Kofette am Schlapphut. Ein Musikkorps schritt an der Spitze des Zuges, dem ein großes Banner mit entsprechenden Inschriften vorangetragen wurde. Die Suffragetten sahen frisch und munter aus, sie marschierten nach dem Trafalgar Square, wo sich zu ihrem Empfang eine stattliche Menge angesammelt hatte, der sie von den „erstaunlichen Erfolgen ihres mit männlicher Energie durchgeführten Marsches“ berichteten. Weitere Demonstrationen sollen diesem Meeting folgen.

Das Frauenwahlrecht vor dem Parteitag der Schweizerischen Sozialdemokratie. Der letzte Kongreß der schweizerischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der zu Neuenburg getagt hat, behandelte eingehend die Frage des Frauenwahlrechts. Das treffliche Referat dazu erstattete unsere Genossin Walker, Arbeiterinnensekretärin. Das Hauptergebnis war die Annahme einer Resolution, die die Partei zum energischen Eintreten für das volle Bürgerrecht der Frau verpflichtet und erklärt, daß Genossinnen nicht Mitglieder bürgerlicher Frauenstimmrechtsvereine sein dürfen. Wir kommen auf die Verhandlungen noch zurück.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

15 Waisenkinderinnen sollen nach einem Beschluß des Magistrats von Wilmersdorf dort eingestellt werden, ein Beweis, wiewohl gute Erfahrungen man in anderen Berliner Vororten mit der Tätigkeit der Frauen auf kommunalem Gebiet gemacht hat.

Gegen die Ausübung der Anwaltspraxis durch Frauen in Italien hat sich der Oberste römische Gerichtshof erklärt. Er verwarf das Ansuchen unserer Genossin Labriola, sie als Rechtsanwältin vor Gericht zuzulassen. Damit hat ihre glänzend begonnene Anwaltsstätigkeit, von der wir berichteten, ein rasches Ende gefunden.

Verschiedenes.

Ausgekochte Fischköpfe als Arbeiternahrung. An der Grenze des niederrheinischen Städtchens Wiesdorf erhebt sich die weltbekannte Gisthütte, die Farbenfabrik vormals Bayer & Co., die über 5000 Arbeiter, darunter etwa 600 Arbeiterinnen, beschäftigt. Diese Firma versteht es meisterhaft, durch sogenannte Wohlfahrts-Einrichtungen ihre Arbeitererschaft geistig und wirtschaftlich zu knebeln. Alle möglichen und unmöglichen Vereine sind da gegründet worden, etwa 24 an der Zahl, die in erster Linie dem Zwecke dienen, die Mitglieder geistig zu bevormunden. Diese sollen vor der Pest der modernen Arbeiterbewegung geschützt werden und sie sollen keine Zeit gewinnen, etwa an die notwendige Hebung ihrer Lebenshaltung zu denken. Wir finden für die Arbeiterinnen, die im Farbenlager, in der Abteilung für pharmazeutische Präparate, in der Klempnerei, der Buchbinderei, Buchdruckerei und der Weberei beschäftigt sind, Fabrikfangverein, Schwimmverein, Frauenverein, Sparverein, die Mitgliedschaft bei diesem ist bis zum 21. Lebensjahr Zwang, außerdem noch sonstige Vereine, die alle die Absicht verfolgen, die Leute an den Betrieb zu fesseln. Durch die Abhängigkeit ihrer Eltern vom Betrieb sowie infolge Fehlens anderweitiger Arbeitsmöglichkeiten sind die jugendlichen Proletarierinnen Wiesdorfs gezwungen, ihre Arbeitskraft in den Farbwerken ausbeuten zu lassen. Diese Zwangslage bedingt wiederum die niedrigen Löhne der Arbeiterinnen. Die Fabrikleitung mag nun erkannt haben, daß die Arbeiterinnen bei Löhnen von 9 bis 10 Mk. in der Woche besonders in der jetzigen Feuerungszeit kaum leistungsfähig bleiben können. In dieser Erkenntnis erhöhte sie nun nicht etwa die Löhne, die auch für die Arbeiter alles andere als ausreichend sind. Nein, sie ließ sich vielmehr dazu herbei, den Töchtern der Gisthüttenproleten Kochkunst lehren zu lassen, und zwar eine Kochkunst, die es ihnen ermög-

lichen sollte, mit dem angegebenen Hungerlohn auszukommen. Was man da den Arbeiterinnen zu bieten mag, zeigen nachstehende Kochrezepte, die in der „Erholung“, dem Blatte für die Mitglieder der Fabrikvereine und des Erholungshauses, abgedruckt sind. Um den Kostenunterschied zwischen Fleisch- und Fischgericht darzustellen, sind da zwei Rezepte angegeben, die so aussehen:

Rindfleisch mit Möhren und Kartoffeln.

(Gericht für vier Personen.)

1 Pfund Rindfleisch	85 Pfenning
1 1/2 „ Möhren	15 „
3 „ Kartoffeln	9 „
Salz, Zwiebeln, Petersilie	2 „
Summa 111 Pfenning.	

Schellfisch mit Möhren und Kartoffeln.

(Gericht für vier Personen.)

2 Pfund Fische à 25 Pfenning	50 Pfenning
1 1/2 „ Möhren	15 „
Kartoffeln	9 „
Salz, Zwiebeln, Petersilie	2 „
Summa 76 Pfenning.	

Angefügt ist noch die Bemerkung: „Ist eine Hausfrau nun sehr praktisch, so verwendet sie die Gräten und Köpfe der Fische zur Suppe für den nächsten Tag.“ Wie die Leserinnen ersehen, ist bei beiden als „nahrhaft“ bezeichneten Gerichten nicht die Rede von Butter oder sonstigem Fett, womit Fisch, Kartoffeln oder Möhren geschmälzt werden könnten. Jedenfalls ist die Verfasserin oder der Verfasser dieser Rezepte der Meinung, aus dem Schellfisch brate genügend Fett heraus, um Kartoffeln und Möhren schmachhaft zu machen, oder die Gemüse schmälen sich von selbst. Zur richtigen Würdigung ist beiden Rezepten in der Erläuterung noch folgende eiserne Wahrheit beigelegt: „Wenn der Körper auf die Dauer gesund erhalten werden soll, muß ihm durch Nahrungszufuhr die volle Ergänzung seiner verbrauchten Kräfte werden.“ Das liest sich wie ein Hohn auf die beigegebenen Rezepte für 4 Personen. Wenn die angepriesenen Gerichte so „nahrhaft“ sein sollen, so möge es die Fabrikleitung einmal mit ihnen in ihrer eigenen Menage versuchen. Sie wird dann bald die Erfahrung machen, daß die Leute entweder davonlaufen oder vor Entkräftung leistungsunfähig werden. Weiter wäre den Entbedern dieser „nahrhaften“ Gerichte zu empfehlen, diese den Herren Aktionären nebst ihren perfekten Köchinnen und Köchen dringend zu empfehlen, die Suppe aus Fischköpfen und Gräten für den nächsten Mittagstisch nicht zu vergessen. Es würde ihnen dann leichter fallen, einen Teil ihrer hohen Dividende zur Erhöhung der Arbeiterlöhne fahren zu lassen. Die so bekehrten Töchter der Arbeiter von Bayer & Co. sollen einmal ihre Väter und Brüder fragen, die an den Kies- und sonstigen Ofen, die an den Kesseln, in Dampf- und anderen Betrieben arbeiten, ob sie bei solcher Kost den Anforderungen genügen können, die an sie gestellt werden? Nicht einmal ein schwächlicher Schreiberehrling wird bei solchen Genüssen vegetieren können, geschweige denn Arbeiter und Arbeiterinnen, die schwere physische Arbeit leisten müssen. Der wahre Zweck dieser Kochkunst ist eben nur der: Arbeiter, Arbeiterinnen spart, spart und spart! Kocht billige Fische und Gemüse ohne Zutaten, bereitet Suppen aus ausgekochten Fischköpfen. Lebt mager, auf daß unsere Dividenden fett bleiben! Man sollte meinen, die Verböhnung und die Mißachtung der Proletarier, die in den Kochrezepten liegen, müßten den 600 Arbeiterinnen das Blut in heißen Wellen der Empörung zum Herzen treiben. Ob aber auch nur eine von ihnen den Hohn empfindet, der zur Ausbeutung hinzugefügt wird? Es braucht Zeit, damit die Wirkungen langer Jahre größter Teuerung und Verkümmern überwunden werden.

W. Pf.

Literarisches.

Gute Bücher als Weihnachtsgeschenk. Unsere Genossinnen, die beim Schenken und Wünschen an die Pflicht der Selbstbildung denken, möchten wir auf Veröffentlichungen aufmerksam machen, die dem proletarischen Wissensdrang trefflich gerecht werden, zugleich aber auch dem proletarischen Geldbeutel erreichbar sind.

Die Kleine Bibliothek. Verlag J. D. W. Diez Nachf. Stuttgart, gibt in Einzelbändchen gedrängte, volkstümliche Darstellungen aus allen Wissensgebieten. Es liegen bis jetzt 25 Bändchen der Sammlung in guter Ausstattung vor, jedes einzelne kostet hübsch gebunden 1 Mk., broschiert 75 Pf., der Vereinspreis beträgt sogar nur 50 Pf. Manche der Schriften geben einen zusammenfassenden Überblick über die Ergebnisse der Forschung auf naturwissenschaftlichem, geschicht-

lichem usw. Gebiete; andere wieder sind die Frucht selbständiger Auseinandersetzung mit sozialen Einzelfragen. Die meisten der Bändchen werden unseren Genossinnen ein verständlicher und zuverlässiger Führer beim Lernen oder auch bei der praktischen Arbeit sein. Für die letzteren Zwecke empfehlen wir besonders: „Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung“ von Käthe Dunder — als Ergänzung dazu sei gleich an dieser Stelle auf das Fest der Frauenbibliothek, Verlag Vorwärts, Berlin, aufmerksam gemacht: „Kinderarbeit, Kinderschutz und Kinderschuttkommissionen“ von Luise Zieg. Ferner: „Die Tarifverträge und die deutschen Arbeiter“ von Adolf Braun, „Die bürgerlichen Parteien des deutschen Reichstags“ von Dr. Ludwig Frank. Den Müttern, denen ihre Aufgabe als Erzieherin heilig ist, wird neben ihrem „Brevier“: „Die Mutter als Erzieherin“ von Heinrich Schulz, das Bändchen von Otto Kühle reiche Anregung, manche sichere Pfadführung geben: „Grundfragen der Erziehung.“ In die Naturwissenschaften führen die beiden Bändchen von A. Vommeli ein: „Die Geschichte der Erde“, I und II, F. Linke, „Kann die Erde untergehen?“ und „Ist die Welt bewohnt?“, Dr. Adolf Reize, „Chemie im Alltag“, Dr. A. Lipschütz, „Die Arbeit der Muskeln.“ Eine Springschlut bürgerlich-geschichtlicher Erinnerungsliteratur an 1818 hat eingesezt. Da verdient F. Mehrings frische, auf Tatsachen gegründete Studie weiteste Verbreitung: „1807 bis 1812. Von Tilsit nach Tauroggen.“ Als wertvolle Beiträge zur Kenntnis der Geschichte und zur Erkenntnis ihrer treibenden Kräfte seien noch hervorgehoben: Karl Kautsky, „Die Klassengegensätze in der französischen Revolution“, Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen Philosophie“, G. Plechanoff, „Die Grundprobleme des Marxismus.“ Eine anschauliche Einführung in manche Seite der modernen Wirtschaft gibt „Der industrielle Großbetrieb“ von R. Woldt. Zur Kulturgeschichte verweisen wir auf die Serie von drei Bändchen, die von Hannah Lewin-Dorsch begonnen und nach ihrem Tode von H. Cunow fortgesetzt worden ist: „Die Technik in der Urzeit und auf primitiven Kulturstufen.“ Sie enthalten gutes, zuverlässiges Tatsachenmaterial und lassen den Gang der menschlichen Entwicklung erkennen. Julius Deutschs soziale Bilder „Aus alten Tagen“ werden mit Nutzen und Vergnügen gelesen werden.

Von den Neuerscheinungen des Verlags Vorwärts, Berlin verdient besondere Erwähnung: „J. W. v. Schweigers Politische Aufsätze und Reden“, mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Franz Mehring. Dieses Buch ist eine dankenswerte Bereicherung der Literatur zur Geschichte unserer Partei. Die neugedruckten Aufsätze Schweigers vermitteln in Verbindung mit Mehrings Anmerkungen dazu und der Einleitung einen klaren, lehrreichen Einblick in das Werden der Sozialdemokratie und die geschichtliche Umwelt, in der es anhub. Einen Einblick, der Verständnis für die Persönlichkeit Schweigers und seine führende politische Rolle in der jungen Sozialdemokratie gibt. Ohne Form und Voreingenommenheit ist Genosse Mehring dieser bedeutenden Persönlichkeit mit der besonnenen Objektivität des Forschers nachgegangen. Unseres Dafürhaltens ist es ihm glänzend gelungen, mit wenigen knappen Strichen die im Urteil der Zeitgenossen und noch jetzt heiß umstrittene schwanke Gestalt Schweigers charakteristisch zu zeichnen. Das aber sowohl in ihrer überragenden geistigen, politischen Bedeutung wie in der Gebundenheit ihrer menschlichen, allzu menschlichen Seiten. Denn der Historiker der deutschen Sozialdemokratie wollte verstehen, nicht richten. So fehlt auch seinen Ausführungen jede irgendwie verlegende Polemik gegen Schweigers Anhänger, die — wie auch Genosse Bebel — keine sachlichen, überzeugenden Gründe gegen die politische Unantastbarkeit des sozialdemokratischen Führers angeben. In vornehmer Sachlichkeit ist das Buch zu einer Rechtfertigung des talentvollen Politikers geworden, keineswegs aber zu einer Verklärung des Menschen. Und eben dadurch bringt er uns auch den „bekenntnistrogen“ Menschen näher. Von dem geschichtlichen Wert abgesehen, regt dieses Buch zum kritischen Zergliedern und Nachprüfen an. Und ein anderer Vorzug, den wir für die Selbstbildung unserer Genossinnen sehr hoch schätzen: Mehring bewahrt an seinem Teil seine große Darstellungskunst, und Schweigers Aufsätze sind geradezu Meisterstücke eines klaren, kraftvollen, muskulösen Stils. Auch darin erwies sich Schweiger als Lassalles Erbe und läßt uns heute noch empfinden, daß er in seiner Zeit der klasse Denker und die überlegenste politische Persönlichkeit unter den Sozialdemokraten in Deutschland war. Auch diesem Manne ist die deutsche Arbeiterklasse zu dauerndem Danke verpflichtet.